

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 130.

Montag, den 8. Juni 1914.

21. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Volksschullehrer und Arbeiter.

hs. Drei Gegenstände von recht verschiedener Art haben die deutschen Volksschullehrer auf ihrer soeben beendeten Pflingsttagung in Kiel erörtert: die nationale Einheitsschule, die pädagogische Wissenschaft und die Gefahr einer Veräußerlichung der Schularbeit. Aber durch alle drei Erörterungen, durch die Referate wie durch die Diskussionen, zog sich wie ein roter Faden die starke Sehnsucht der Lehrer nach einer Hebung ihres Standes und ihrer Arbeit.

In dieser Sehnsucht äußert sich ein gesunder proletarischer Instinkt, in dem zugleich ein Stück Wesensverwandtschaft der deutschen Volksschullehrer mit den deutschen Arbeitern zum Ausdruck gelangt. Beide sind jahrhundertlang unterdrückt worden, beide sind von den Mächtigsten dieser Unfreiheit über die Achsel angesehen worden, beide haben mit zäher Energie um ihre Anerkennung gekämpft, beide müssen sich noch Tag für Tag ihrer zahlreichen Feinde erwehren.

Doch nein! In dem letzten Punkte ist schon eine Gleichheit nicht mehr zu erkennen, wie sie in manchen anderen Dingen von vornherein nicht vorhanden gewesen ist. Die Lehrer sind nicht wie die Arbeiter durch die wirtschaftliche Entwicklung in knapper Zeitspanne aufgerüttelt und zusammengeschiebt worden. Die Lehrer waren als einzelne verstreut über das ganze Land und die demütige Abhängigkeit des einzelnen Schulmeisterleins von dem großen „Herrn“ hinderte lange die Koalition. Als sie aber endlich nach vielen Mühen zustande gekommen war, fehlte ihr der richtige Geist. Das trohige Klassenbewußtsein der modernen Arbeiter haben die deutschen Volksschullehrer bis heute noch nicht empfunden. Dazu fühlten sie sich immer zu sehr als „Beamte“, die schwer an der Verantwortung für das Ganze zu tragen und deshalb stets die eigene Ueberzeugung den Staatsnotwendigkeiten zum Opfer zu bringen hatten. Die tapfere und soziologisch einzig richtige Doktrin der Arbeiterklasse, daß dieser „Staat“ keineswegs ein über den Parteien, Ständen und Klassen stehendes und alle mit gleicher Liebe umfassendes ideales Wohnhaus ist, sondern nichts anderes als eine Trübsburg der jeweils herrschenden Klasse zur Unterdrückung der anderen, eine Doktrin, die allein den Unterdrückten die Möglichkeit eines rücksichtslosen und befreienden Kampfes bietet, sie ist den deutschen Volksschullehrern bis zur Stunde fremd und beängstigend geblieben. Sie sehen darin vielmehr etwas Schlimmes, Ungeheuerliches, etwas, das sich mit dem „Dienstleid“ nicht verträgt. Solange aber die Lehrer freiwillig solche Fesseln tragen, werden sie trotz aller tapferen Worte die Sache ihrer inneren und äußeren Befreiung wenig fördern.

Gewiß sind die Lehrer allmählich ein gutes Stück vorwärts gekommen. In vielen Dingen sogar viel weiter als die Arbeiter! Auf den wichtigsten Arbeiterkongressen sucht man vergeblich nach dem Vertreter irgend einer Behörde. Nur der Schuhmann thront irgendwo oben, damit dem Staat kein „Schad“ geschieht. Bei den Lehrerkongressen aber wächst von Jahr zu Jahr die Zahl und die Forderung der Behörden, die zur Begrüßung der deutschen Volksschullehrer erscheinen: Kultusminister, Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Bürgermeister, dieses Mal sogar Admirale! Gerade der blaue Tirpitz, der für seine Marine aus allen Blüten Honig zu saugen sucht, hat sich die erdenklichste Mühe gegeben, den Lehrern den Aufenthalt in Kiel und bei seiner Marine so angenehm als möglich zu gestalten. Er weiß warum! Die Früchte seiner gastfreundlichen Politik wird er gelassen abwarten.

Aber gerade da, wo die Lehrer den Arbeitern gegenüber weit voraus sind, haben sie es auf Kosten ihrer eigentlichen Kraft und auf Kosten ihrer idealen Ziele getan. Diese scheinbare Stärke der Lehrer ist in Wirklichkeit ihre Schwäche. Was die Volksschullehrer fordern, wonach die leidenschaftliche Sehnsucht ihrer Besten immer wieder stürmisch verlangt, das ist nie und nimmer in Güte und Liebe von den herrschenden Klassen zu erreichen. Wenn die Lehrer sich auf ernste und zeitgemäße Reformen eintigen, wenn sie sich zu den freiheitlichen und sozialistischen Schulforderungen Comenius' und Pestalozzis bekennen, wenn sie sich um die flatternde Sturmflagge der demokratischen Schulpolitik Diesterwegs kümmern, so werden sie sehr bald erkennen, daß außer einigen Idealisten aus dem bürgerlichen Lager nur noch die kämpfende Arbeiterklasse hinter ihnen steht. Nicht der Lehrer wegen, auch nicht aus irgend welcher übel angelegten Sentimentalität heraus, sondern weil jeder wirkliche Fortschritt der Schule zunächst und unmittelbar nur der Arbeiterklasse zugute kommt, und weil wiederum die Arbeiterklasse allein, sowohl um ihrer selbst

als auch um ihrer hohen gesellschaftlichen Kulturziele willen, das stärkste Interesse an jeder wahrhaften Schulreform hat. Dabei beschränkt sie sich nicht nur auf die Befundung dieses Interesses, sondern sie schreitet zu entscheidender Tat, wo immer sich nur die Gelegenheit bietet. Umgekehrt aber verlagen alle bürgerlichen Parteien in den Fragen der Schulreform, selbst die liberalen Parteien bequemen sich immer erst dann zu bescheidenem Weitergehen, wenn sie der Druck der hinter ihnen stehenden und drängenden Arbeiter dazu zwingt.

Wenn also die Lehrer die „gute Gesinnung“ und die Hoffähigkeit über die Kampfesbereitschaft stellen wollten, so wird die Verwirklichung all' der schönen Forderungen, die sie in ihren Resolutionen formulieren, in immer weitere Ferne gerückt.

Die Kieler Tagung läßt erkennen, daß noch immer die zwei Seelen in der Brust der deutschen Volksschullehrerschaft miteinander ringen. Die vorsichtige Leitung will oben nicht anstoßen und gibt sich Mühe, das Schiff der Verhandlungen um gefährliche Klippen herumzusteuern. Aus der Mitte der Versammlung heraus aber und in den Reden erklingt es zeitweise recht resolut, angriffslustig und zukunftsroh. Der Rede Kerstensteiners über die nationale Einheitsschule können wir gewiß nicht in allen Punkten zustimmen — es fehlt dem liberalen Reichstagsabgeordneten für München doch noch manches zum Sozialisten —, aber alles in allem war sie doch ein offenes und freudiges Bekenntnis zur einheitlichen Schulorganisation, die alle Kinder des Volkes einschließt und die notwendige und nützliche Differenzierung nur von Begabung und Neigung, nicht vom Geldbeutel des Vaters abhängig macht. Die Kieler Lehrerversammlung hat sich einstimmig zu diesen Anschauungen bekannt und ist damit erfreulicherweise ein gutes Stück über frühere Beschlüsse, die bei der sogenannten allgemeinen „Volksschule“ stehen geblieben, hinausgegangen.

Der energische Wunsch der Lehrer, die Pädagogik als vollgültige Wissenschaft anerkannt zu sehen und sie in den Mittelpunkt der Lehrerbildung zu stellen, findet gleichfalls unsere volle Billigung, und ebenso unterstützen wir grundsätzlich das starke Bestreben, die Schularbeit vor Veräußerlichung zu schützen, wenn wir auch weder den Referenten noch den Diskussionsrednern in allen Einzelheiten zustimmen können. Hier gab es manche Unklarheit über das, was unter „Außerlichkeit“ und „Innerlichkeit“ zu verstehen ist. Das beste Wort sagte hierzu der Hamburger Lehrer Köpfer, der für die Schularbeit zwar die Autorität anerkennen will, aber nur die Autorität des besseren Könnens, der größeren Erfahrung und des größeren Wissens; die hergebrachten Autoritäten, die „sich auf Gewalt und Macht stützen“, und die heute gerade am meisten zur Veräußerlichung der Schularbeit beitragen, schob Köpfer mit kräftiger Armbewegung aus dem Wege.

Es wäre zu wünschen, daß die deutschen Volksschullehrer nicht nur in vereinzelt Personen und gelegentlichen Reberendungen, sondern als machtvolle Berufsorganisation, der 130 000 Lehrer und damit fast alle Lehrer Deutschlands angehören, bald die Kraft gewinnen, im friedlichen und fröhlichen aber auch im harten und unnachgiebigen Kampfe allen schulfreundlichen Autoritäten, die „sich auf Gewalt und Macht stützen“, Schulter an Schulter mit der kämpfenden Arbeiterklasse zu rücken. Damit würden die Lehrer sich selbst, der Schule und der Gesamtheit die besten Dienste leisten.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Unerledigte Arbeiten im preussischen Landtage.

Der preussische Landtag, der bekanntlich nach Pfingsten noch auf wenige Tage zusammentritt, um sich dann bis auf den Herbst zu vertagen, wird für die Herbstsession noch ein ausgiebig reiches Arbeitsgebiet vorfinden. Von den Vorlagen der Regierung sind u. a. die Entwürfe einer Novelle zum Landesverwaltungsgesetz und über Familien-Fideikommissgesetze, die bereits vom Herrenhause beraten sind, im Plenum des Abgeordnetenhauses überhaupt noch nicht zur Beratung gekommen. Auch der Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum Reichszuwachststeuergesetz und die Denkschrift über die Verluste der Bauhandwerker harren noch ihrer Erledigung. Die Zahl der Anträge aus dem Hause, die überhaupt noch nicht beraten worden sind, beträgt 33. Es finden sich darunter die Anträge über Aenderung der Geschäftsordnung, Wahlrechtsanträge, eine Reihe von Anträgen, die sich auf die Kreditnot des städtischen Haus- und Grundbesitzes beziehen, die fortschrittlichen Anträge über Ministerverantwortlichkeit, über Neuregelung des gesamten Beamtenrechts, über Schaffung eines Staatsarbeiterrechts, ferner die Anträge über den Religionsunterricht der Dissidentenkinder, über die Gültigkeitsdauer von Polizeiverordnungen und endlich die

Anträge über den Gebrauch fremder Sprachen in öffentlichen Versammlungen. Von den schon lange eingebrachten Interpellationen, zu deren Beantwortung sich die Regierung bisher noch nicht bereit erklärt hat, gehört die freikonervative Interpellation über die Verhütung des übermäßigen Zuzugs der Arbeiterbevölkerung nach den Großstädten und über die Unterschiede in der finanziellen Belastung der Gemeinden. In den Kommissionen stehen von Anträgen u. a. diejenigen, die sich auf das passive Kommunalwahlrecht der Staatsbeamten beziehen, der Antrag über die Einwirkung von Armenunterstützung auf öffentliche Rechte, die Anträge über geistliche Orts- und Kreisinspektionen und über Horte für Schulkinder.

Von den größeren Vorlagen ist die Besoldungsordnung der verstärkten Budgetkommission überwiesen während der Wohnungsgesetzentwurf und der Kommunalabgabengesetzentwurf, sowie das Grundteilungs-gesetz in besonderen Kommissionen beraten werden. Diese besonderen Kommissionen sollen bekanntlich auch während der Vertagung ihre Arbeiten weiter fördern, damit das Plenum im Herbst zu den Vorlagen endgültig Stellung nehmen kann. Vom Herrenhause sind u. a. noch nicht erledigt die Gesetzentwürfe über die Dienstvergehen der Beamten der Orts-, Land- und Innungsstrankenkassen und über die Abänderung des Fürsorgeerziehungsgesetzes.

„Etwas mehr Dampf!“

Diese Aufforderung, die zum geflügelten Wort werden wird, richtet die „Nationalliberale Reichskorrespondenz“ unter dem Beifall aller Scharfmacherblätter an die preussische Regierung. Das rechtsnationalliberale Parteiorgan erklärt: „Sollte sich die Lösung der dringenden Frage des Arbeitswillens schufes auf dem Verwaltungs- und Berordnungswege als undurchführbar erweisen, so werden wir mit aller Energie nunmehr auf eine gesetzlich einwandfreie und wirksame Lösung dieser Lebensfrage für Industrie, gewerblichen Mittelstand und arbeitswillige Arbeiterschaft drängen! Hierbei mag uns die Anfrage an die Reichsregierung erlaubt sein, wann wir den endlich mit Erscheinen der vom Reichskanzler in Aussicht gestellten Denkschrift rechnen können.“

Alldeutsche Blätter jubeln: „Mit dieser Erklärung, die sich zweifellos mit Stimmung und Absichten der preussischen nationalliberalen Landtagsfraktion deckt, ist der verstärkte Schutz der Arbeitsfreiheit seiner Verwirklichung ein gutes Stück näher gebracht.“

Das Recht zum Einjährigendienst.

Anknüpfend an den Fall Stöcker, der bekanntlich im Frühjahr auch den Reichstag beschäftigt hat, stellt der frühere Oberst Gäbke im „Vorwärts“ fest, daß die Bestimmung der Wehrrordnung, auf welche sich die Militärbehörde dabei stützen will, gar nicht zu Recht besteht. Die Feststellung Gäbkes geht dahin: Der „Neuabdruck“ der Wehrrordnung von 1904 enthält folgenden Absatz:

„Die Ersatzbehörde dritter Instanz ist befugt, selbst wenn eine Verurteilung wegen strafbarer Handlungen nicht stattgefunden hat, den zum einjährig-freiwilligen Dienst Berechtigten, welche die nötige moralische Qualifikation für den freiwilligen Eintritt nicht mehr besitzen (Wehrgesetz § 10), die Berechtigung zu entziehen.“

In der preussischen Wehrrordnung von 1888 fehlt diese Bestimmung vollständig. Die preussische Militärbehörde hat also damals nicht geglaubt, daß das noch zu Recht bestehende, damals bereits seit 21 Jahren zu Recht bestehende Gesetz von 1867 — ihr die Befugnis einzuräumen, aus eigener Willkür zu entscheiden, daß ein unbestrafter Einjähriger wegen angeblicher moralischer Minderwertigkeit des ihm einmal eingeräumten Rechtes verlustig erklärt werden könne.

Erst der „Neuabdruck“ von 1904 — 37 Jahre nach Erlaß des Wehrgesetzes — hat auf einmal ganz harmlos diese einschneidende Aenderung aufgenommen, ohne die Öffentlichkeit darauf hinzuweisen, ohne die Beteiligten auch nur mit einem Worte aufmerksam zu machen, daß ihr Recht sich nach der Willkür der Militärbehörde verliert habe. „Es liegt“, bemerkt Gäbke, „hier der gleiche Mangel an Offenheit vor, wie bei der Aufnahme der „berühmten“ Rabinetsorders von 1820 und 1899 in der Vorschrift über den Waffengebrauch des Militärs, die auch vor dem Volke, das sie beiraten, sorgfältig verheimlicht wurden.“

Zur Charakterisierung des Vorgehens bemerkt Gäbke unter anderem weiter: „Nun aber wird die Durchlöcherung des Einjährigprivilegs durch jenen Neuabdruck von 1904 noch bösariger dadurch, daß er durch keinen verantwortlichen Reichskanzler gekennzeichnet ist. Der damalige Reichskanzler hat offenbar nicht einmal Kenntnis von der Aenderung her.“



kommen. Während die Wehrordnung von 1888 durch den Stellvertreter des Reichskanzlers „von Voeltcher“ ganz korrekt gekennzeichnet ist — denn sie enthält die Ausföhrung von Reichsgesetzen, zudem auch Anweisungen für die bürgerlichen Behörden, ist also ein Regierungsakt — hat man es nicht für notwendig gehalten, eine derart durchgreifende Veränderung der Rechtslage gleichfalls durch die politische Verantwortlichkeit seines Nachfolgers zu decken.

Gädke schlußfolgert daraus, unseres Erachtens mit Recht, daß der „Neudruck“ der Wehrordnung von 1904 wegen schweren Formfehlers an sich null und nichtig und unverbindlich ist.

Zweifellos wird diese Feststellung zur Folge haben müssen, daß der Reichstag sich der Sache annimmt und die Wiederherstellung des alten Rechtszustandes zu erzwingen versucht. Auch bürgerliche Blätter meinen, daß die Sache der Aufklärung bedarf. Die „Magdeburger Zeitung“ will wissen, daß die erwähnte Bestimmung bereits im Jahre 1893 durch ein „Deckblatt“ und in dem Neudruck der Wehrordnung vom Jahre 1894 bereits in den Text eingeleitet worden sei. Ihre Ergänzung sei nach Vereinbarung sämtlicher in Frage kommenden Behörden erfolgt.

Ob 1894 oder 1904, das würde an der Sachlage nichts ändern, wenn die Einkügung nicht in der gesetzlich erforderlichen Weise erfolgt ist.

Reichstagsnachwahl im Wahlkreise Labiau-Wehlau.

Der Reichstagsabgeordnete des Wahlkreises Labiau-Wehlau (Königsberg 2) Rittergutsbesitzer Ludwig v. Massow, ist Sonnabend morgen nach längerem Leiden im Alter von 70 Jahren gestorben. v. Massow war einer der konservativen Scharfmacher; doch ist er in den letzten Jahren weniger an die Öffentlichkeit getreten. Sein Mandat hat die Wahlkommission des Reichstages sehr eingehend beschäftigt. Sie beantragte bereits, über die unerhörten Wahlbeeinflussungen in diesem Wahlkreise Beweis zu erheben.

Bei der Reichstagswahl im Jahre 1912 erhielt v. Massow 8356, der Fortschrittler Wagner 5850 und unser Genosse Linde 2961 Stimmen. Der Konservative v. Massow legte bei der Stichwahl mit 9104 Stimmen über Wagner, der 8694 Stimmen erhielt.

Der russische Getreidezoll tritt in Kraft.

Das russische Gesetz über die Verzollung von ausländischem Getreide, Erbsen und Bohnen ist jetzt veröffentlicht worden. Es tritt eine Woche nach der Veröffentlichung in Kraft.

Altes von der Breslauer Polizei.

Die Breslauer Polizei hat den Freidenkerkongress, der gegenwärtig in Breslau tagt, mit einem Verbot beehrt: Sie verbietet, auf dem Bahnhof einen Posten zum Empfang der auswärtigen Delegierten aufzustellen, und die Eisenbahnbehörde hat dann auch ihrerseits verboten, daß ein solcher Posten im Innern des Bahnhofsgedäudes aufgestellt werde!

Fortschrittlicher Parteitag.

Der diesjährige Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei, der in Eisenach stattfindet, ist auf die Zeit vom 11. bis 14. September anberaumt worden.

Der deutsche Wehrbeitrag und die Schweiz.

Es wurde berichtet, daß der Schweizer Bundesrat beschlossen habe, bei der deutschen Reichsregierung Einspruch gegen die Heranziehung Schweizer Bürger zur Wehrsteuer zu erheben. Es handele sich um schweizerische Industrieunternehmungen auf deutschem Boden. Diese Nachricht soll nicht zutreffen. Dieser Tage gab der schweizerische Bundespräsident Hoffmann im Nationalrat die Erklärung ab, die Schweiz habe gegen die Heranziehung von Schweizern zum deutschen Wehrbeitrag keinen Einspruch erhoben und gedenke das auch nicht zu tun. Die Schweizer Regierung wolle sich dadurch freie Hand bewahren für das naheliegende Projekt der Einführung einer der deutschen Wehrsteuer analogen Steuer in der Schweiz.

Die Reden des badischen Zentrumsführers auf dem Index.

Das Wolffsche Telegraphenbureau übernimmt eine Meldung des Observatore Romano, wonach laut Beschluß der Kongregation vom 1. Juni das Werk von Theodor Wacker „Zentrum und kirchliche Autorität“ (Effen 1914) auf den Index gesetzt worden ist. Der Geistliche Rat Wacker ist seit fast einem Vierteljahrhundert der Führer des badischen Zentrums. Er ist einer der fanatischsten Verfechter kirchlicher Wahlbeeinflussung, von unbezähmbarer kirchlicher Herrschsucht und Unduldsamkeit befehen und natürlich ein geschworener Feind nicht nur der Sozialdemokratie, sondern aller auch nur einigermaßen freien Gedanken. Und der muß mit seinen Reden — um die im Zentrumstreit gehaltenen Reden dürfte es sich bei dem „Werk“ handeln — auf den Index kommen.

Bei dem Werk des badischen Zentrumsführers Geistlichen Rat Wacker, das auf den Index gesetzt wurde, handelt es sich, wie eine spätere Meldung besagt, um die im Verlage von Fredebeul & Koenen in Effen (in welchem auch das Effenr Zentrumsblatt herausgegeben wird) in Broschürenform erschienene Rede, die Wacker am 15. Februar in einer großen, gegen die Quertreiber im eigenen Lager gerichteten Versammlung zu Effen gehalten hat. In dieser nach dem Bericht der Zentrumspresse „von unbeschreiblichem Jubel umtosten hochbedeutenden Rede über die Stellung der Katholiken im öffentlichen Leben“ beteuerte Pfarrer Wacker zu nächst die absolute Ergebenheit der Zentrumsanhänger gegenüber den Bischöfen, wandte sich aber dann in sehr energischer Weise gegen die Kontrolle des Zentrums durch die Bischöfe und die Befreiungen der sogenannten Integritäten. Er sagte: Das, was die Quertreiber aus dem Zentrum machen möchten, kann unmöglich aus ihm gemacht werden: eine konfessionelle Partei, unterstellt der Autorität der kirchlichen Würdenträger. Weiter sagte Wacker: Den Ständereferenten und Quertreibern nicht die Rücksticht die wir dem christlichen Segner und selbst dem christlichen

Feinde sollen (stürmischer Beifall), den Quertreibern gegenüber keine Rücksicht. Dabei nehme ich keinen aus, möge er gestellt sein, so hoch wie er wolle, er möge weltlichen oder geistlichen Standes sein (starker Beifall). Ich fürchte sogar, die Quertreiber geistlichen Standes sind schwerer zu ertragen, als die weltlichen Standes (Zustimmung). Die Quertreiber geistlichen Standes haben eine größere Verantwortung als die weltlichen Standes (lebhafter Beifall). Wenn für das Zentrum eingeführt werden sollte, was sie wollten, dann wäre das der Anfang eines sehr raschen Endes. Entweder das Zentrum, wie es war und wie es ist, oder kein Zentrum.

Das badische Zentrumsorgan und Leitblatt Wackers, „Der Badische Beobachter“ bringt, um den Eindruck der Maßregelung abzuwehren, in einem Leitartikel zum Ausdruck, aus gewissen Momenten sei anzunehmen, daß die Aktion der Indexkongregation sich in keiner Weise gegen die für die deutschen Katholiken notwendige Abwehr der Quertreiber richte. Es sei nur zuzugeben, daß sich in den nicht vom wissenschaftlichen theologischen Standpunkte, sondern von der politischen Praxis gemachten Ausführungen Wackers das eine oder andere vorfinden könnte, was mißverständlich oder zweideutig sei und daher exakter und klarer ausgesprochen werden müßte, so daß ein Mißverständnis ausgeschlossen sei. Schließlich stellt das Blatt eine Korrektur der Broschüre unter Berücksichtigung der kirchlichen Wünsche in Aussicht.

Die Zoll- und Steuer-Einnahmen des Reiches im Jahre 1913.

Nach den soeben amtlich veröffentlichten endgültigen Zahlen über die Einnahmen des Reiches an Zöllen, Steuern und Gebühren im Rechnungsjahre 1913 ist das Ergebnis dieser Reicheinnahmen noch schlechter als nach den vorläufigen Zahlen anzunehmen war. Die Gesamteinnahme aus diesen Einnahmequellen beträgt nämlich nur 1659,28 Mill. Mark gegen 1664,37 Mill. Mark nach dem vorläufigen Ergebnis. Die Einnahmen des Reiches aus den Zöllen, Steuern und Gebühren sind damit um 10,50 Mill. Mark hinter dem Etatsanschlag zurückgeblieben.

Der Hauptausfall entfällt auf die Zölle, aus denen nur 679,32 Mill. Mark, d. h. noch 2 Mill. Mark weniger als nach der ursprünglichen Angabe, einkamen gegen 721,47 Mill. Mark nach dem Etatsanschlag. Sie haben also eine Mindereinnahme von 42,15 Mill. Mark gebracht. Der Etatsanschlag wurde ferner nicht erreicht bei folgenden Steuern: In Millionen Mark betrug die Einnahme aus Grundstücksübertragungsstempel 34,71 gegen 39,20, Kaufstempel 18,27 gegen 20,58, Verbrauchsabgabe mit 193,77 gegen 195,46, Schaumweinsteuer mit 9,51 gegen 10,69, Leuchtmittelsteuer mit 15,07 gegen 15,85, die Erbschaftsteuer mit 46,36 gegen 47,00, Schenkstempel mit 3,03 gegen 3,14, Eßigjähreverbrauchsabgabe mit 0,80 gegen 0,83. Eine Mindereinnahme haben auch der Stempel von Gesellschaftsverträgen, Wertpapieren und Gewinnanteilscheinen gebracht. Nach dem vorläufigen Ergebnis waren aus diesen Einnahmequellen 71,27 Mill. Mark eingekommen, nach dem endgültigen stellt sich ihr Ertrag nur auf 64,41 Mill. Mark.

Erheblich über den Etatsanschlag hinausgegangen ist die Einnahme der Zucksteuer (170,75 gegen 157,60 Mill. Mark), der Zigarettensteuer (42,70 gegen 36,47 Mill. Mark), der Brausteuer (130,01 gegen 124,78 Mill. Mark), der Salzsteuer (62,39 gegen 59,66 Mill. Mark), der Zuwachssteuer (15,32 gegen 5,06 Mill. Mark) und des Fahrartenstempels (24,31 gegen 22,84 Mill. Mark). Sonst sind die Etatsanschläge meist nur wenig überschritten worden.

Ein großkapitalistisches Syndikat für den Auslands-Nachrichtendienst

hat sich gebildet. An der Spitze steht ein Direktorium, das sich aus Geheimrat v. Borfig, Landrat a. D. Rötger und Direktor Schacht von der Dresdner Bank zusammensetzt. Ein besonderer Verwaltungsrat, der vor allen Dingen Anregungen für den Ausbau und die Art der Berichterstattung geben soll, setzt sich u. a. aus folgenden Herren zusammen: Prof. Duisberg, Farbwerke Bayer, Hagen, Diskontogesellschaft, Kommerzienrat Herm. Hasenclever, Remscheid, Herm. Hecht, Berlin, Generaldirektor Hudemann von der Hapag, Direktor Rosgarten, Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken, v. Langen, Diskontogesellschaft, Geheimrat Rathenau, Generaldirektor Reuter von der Deutschen Maschinenfabrik Duisburg, Salomonsohn, Diskontogesellschaft, Geheimrat v. Siemens, Edmund Hoesler, Hamburg. Die Leitung der Geschäfte liegt in den Händen zweier Geschäftsführer, der Herren Wsch und Dr. Hansen.

Die „Post“ sagt zu diesem Unternehmen:

„Es handelt sich bei dem Unternehmen vorläufig um ein zwangloses Syndikat auf drei Jahre, das später eine festere Form erhalten soll. Der Jahresbeitrag für die Mitgliedsfirmen beträgt mindestens 1000 Mt. Bedeutend ist, daß das Auswärtige Amt dem Syndikat einen Zuschuß von 250000 Mark zugestimmt hat unter der Bedingung, daß von der Industrie die gleiche Summe aufgebracht werde. Da, wie wir hören, von dieser Seite die Summe von 250000 Mark durch Mitgliedsbeiträge bzw. freiwillige Beiträge bereits überzeichnet ist, scheint dieser Zuschuß des Auswärtigen Amtes dem Syndikat gesichert. Wie wir weiter hören, ist man jetzt bemüht, den Beitritt der deutsch-australischen Wirtschaftsvereine zu veranlassen. Allerdings scheint die Stimmung in diesen Kreisen für das Unternehmen noch geteilt zu sein, wenigstens ist man noch nicht zu einem definitiven Entschluß gekommen.“

Wie aus diesen Darlegungen der „Post“ hervorgeht, handelt es sich um ein Unternehmen, das ganz im Dienste des Großkapitals und insbesondere der Rüstungsindustrie stehen wird, das die Aufgabe haben wird, dem Imperialismus die Wege zu bereiten. Da die Regierung mit einer Viertelmillion an dem Unternehmen beteiligt sein soll, hat auch der Reichstag ein Wort zu der Sache mitzureden. Es werden nicht die uninteressantesten Debatten sein, die über diesen großkapitalistischen Nachrichtendienst gepflogen werden.

Die Ministerkrise dauert fort. Der Versuch Vivianis, das neue Ministerium zu bilden, ist gescheitert. Es hatte bereits den Anschein, als sei das Kabinett Viviani gesichert. Als Arbeitsminister sollte der Radikale Godard und als Staatssekretär für die schönen Künste Ponsot, Hauptredakteur des „Radikal“, in das Ministerium eintreten. Ihr Eintritt hätte der neuen Regierung einen entschiedenen radikalen Charakter verliehen, da beide als unbedingte Anhänger der Verständigung mit Deutschland und der Rückkehr zur zweijährigen Dienstzeit gelten können. Viviani versammelte seine Mitarbeiter zu einer Besprechung. Da stellten sich Schwierigkeiten ein, infolgedessen die Kabinettsbildung scheiterte. Viviani wollte eine Regierungserklärung abgeben, in der er sich bereit erklärte, sich mit der Frage der besten Ausnützung der Reserven und der Organisation der militärischen Jugendorganisation zu beschäftigen. Aber man müsse darin erst wirkliche Erfahrungen sammeln und abwarten, was einige Jahrgänge von so vorgebildeten jungen Leuten eine gewisse Zeit hindurch leisteten. Ferner müsse man die Verkürzung der Dienstzeit von einer Aenderung der auswärtigen Lage abhängig machen. Darauf erklärte Godard und Ponsot, daß ihnen diese Formel zu eng erscheine. Insbesondere wandten sie sich dagegen, daß die Verkürzung der Dienstzeit erst von einer Aenderung der auswärtigen Lage abhängig gemacht werde. Jene Abgeordneten, die von der Notwendigkeit der Rückkehr zur zweijährigen Dienstzeit überzeugt seien, würden dadurch nicht befriedigt und sie verlangten im Namen der Geeinigten radikalen Partei die strikte Durchführung des Programms von Pau, das die bewaffnete Nation als das der Kaserne überlegene System ansieht. Deshalb müsse die Militärreform unabhängig von der Lage der auswärtigen Politik gefordert werden. Diese Forderung wurde von Rouleus und den meisten anderen Ministern bekämpft. Viviani erklärte darauf, daß der Austritt von Godard und Ponsot ihm die Bildung eines Ministeriums unmöglich mache. Ein Teil der Radikalen würde in Opposition zu ihm treten, was er vermeiden wolle. Jaures schreibt in der „Humanité“: Das Scheitern der Kombination Vivianis bedeutet den Beginn einer langen Reihe von Krisen. Es gibt da nur eine Aussicht auf Rettung: Wenn alle Republikaner dem von Godard und Ponsot gegebenen Beispiele der Festigkeit nachahmen und ihrem Programm treu bleiben, ohne sich einschüchtern zu lassen. Denn um der Kammer ein Ministerium aufzudrängen, das das Gesetz der dreijährigen Dienstzeit um jeden Preis aufrecht erhalten will, müßte man sofort weit nach rechts bis zu dem Grafen de Mun gehen. Wer würde das wagen und wie lange würde ein solches Abenteuer dauern?

Auch Delcassé, der vom Präsidenten berufen wurde, hat es abgelehnt, das Ministerium zu bilden. Poincaré hat nochmals Doumergue zu einer Beratung berufen, um sich von ihm Vorschläge für einen geeigneten Kandidaten zur Kabinettsbildung machen zu lassen. Sonntag abend empfing Poincaré den Senator Ribot, der sowohl von Pentral wie von Doumergue als die geeignetste Persönlichkeit zur Bewältigung der parlamentarischen Schwierigkeiten bezeichnet worden war. Ribot versprach dem Staatschef Montag nachmittag Bescheid zu geben, nachdem er sich mit seinen Freunden beraten haben würde. In sein Ministerium könnten auch Bourgeois und Pentral eintreten, sowie auch einige Deputierte, die auf Vivianis Liste standen, namentlich Dupuy und Rouleus. Dieser könnte als Anhänger der dreijährigen Dienstzeit das Kriegssportefeuille erhalten.

Balkan.

Die Großmächte und Albanien. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht folgende offizielle Notiz über Albanien: „Die Regierung der Großmächte haben, soweit bekannt, ihre Bereitwilligkeit erkennen lassen, nach den albanischen Gewässern Kriegsschiffe zu entsenden. Durch die Ausführung dieser Maßregel würde bekundet werden, daß Europa sein Interesse an der Entwicklung des durch Beschluß der Großmächte begründeten Staates Albanien als fortdauernd ansieht. Die Arbeiten der Internationalen Kontrollkommission und die Bemühungen des Fürsten Wilhelm, die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage zu überwinden, könnten unter dem von einer solchen Kundgebung zu erwartenden Eindruck erleichtert werden.“

Die albanischen Wirren werden durch einen Zwischenfall, der besonders in Italien großes Aufsehen erregt hat, noch komplizierter. Es handelt sich um die Verhaftung des Obersten Muricchio und des Professors Chinigo. Darüber wird aus Wien gemeldet: Wegen der seit längerer Zeit abends beobachteten Lichtsignale, die von einem von Italienern bewohnten Gebäude mit einem im Gebiete der albanischen gelegenen Hause gewechselt wurden, sowie wegen anderer sich häufenden Verdachtsmomente gegen die in jenem italienischen Gebäude verkehrenden Italiener wurde Freitag abend, als abermalige Signale gewechselt wurden, von den holländischen Offizieren auf Grund des Belagerungszustandes eine Hausdurchsuchung vorgenommen; hierbei wurde der italienische Oberst Muricchio und der italienische Professor Chinigo verhaftet. Ferner wurden viele kompromittierende Schriftstücke beschlagnahmt. Bei dem vom Plagkommandanten Thompen vorgenommenen Verhör wurden die Verdachtsmomente bestätigt. Da nach Aussage der holländischen Offiziere gegen die beiden Verhafteten belastendes Material vorliegt, verweigerte Oberst Muricchio die von dem italienischen Gesandten geforderte Freilassung der beiden Gefangenen. Diese wurden erst auf ein vom italienischen Gesandten nachgesuchtes Nachwort des Fürsten, sie gegen Ehrenwort vorläufig freizugeben, zur Disposition belassen und auf freien Fuß gesetzt. Die Nachforschungen werden fortgesetzt. Eine strenge Untersuchung ist eingeleitet. Die Italiener bezeichnen das ganze Vorgehen gegen Muricchio und Chinigo kurz aber deutlich als verrätterisch. Nunmehr hat die albanische Regierung ihr lebhaftes Bedauern über den Vorfall ausgedrückt. Anscheinend trümpht phierüber gegenwärtig beim Fürsten und seinen Ratgebern die Angst über die Verunft.



Die rumänische „Stampa“ erzählt aus Durazzo, daß der Fürst Sonnabend Telegramme des Kaisers Wilhelm sowie des Königs Carol von Rumänien erhalten habe, die ihm das Verlassen der Hauptstadt verbieten. Andernfalls würden beide die Hand von ihm abziehen. In Albanien ist es schwer der Ferscht zu sein!

## Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, 8. Juni.

**Arbeitersekretariat.** Die Zahl der Besuche belief sich im Monat Mai auf 1170 (1219), die der Besucher auf 1290 (1407). — Die eingeklammernten Zahlen sind die des vorangegangenen Monats. — Davon kamen in derselben Sache wiederholt 173 Personen. Mithin sind im Monat Mai 997 (1041) neue Fälle bearbeitet worden. Anträge wurden erteilt: 1253 (1280), darunter nach auswärts schriftlich 36 (56). Von den Besuchern waren organisiert 738 (709) Personen, und zwar gewerkschaftlich 289, politisch 47, gewerkschaftlich und politisch 402. Unter den verbleibenden 525 Nichtorganisierten befanden sich 339 Angehörige von Organisierten und 18 Organisations-unfähige. Dem Geschlecht nach waren von den Besuchern 853 (919) männlich, 410 (451) weiblich. Den Hauptgruppen nach verteilen sich die Besucher wie folgt: Arbeitnehmer und deren Angehörige 1134 (1256); selbständige Gewerbetreibende, Beamte zc. und deren Angehörige 129 (114); Organisationen 27 (37). In Lübeck-Stadt hatten von den Besuchern 982 (1107) Personen ihren Wohnsitz, in Lübeck-Land 96 (89), Oldenburg 89 (90), Mecklenburg 57 (62), Preußen 60 (59), Hamburg 6. Die Auskünfte verteilen sich wie folgt: Arbeiterversicherung (Unfall-, Invaliden- und Krankenversicherung) 256 (295), Privatangelegten-Versicherung 7 (8), Arbeits- und Dienstvertrag 265 (249), bürgerliches Recht 388 (437), Strafrecht 75 (71), Gemeinde- und staatsbürgerliche Sachen 209 (177), Arbeiterbewegung 10 (10), Privatversicherung 27 (15), Handels- und Gewerbsachen 14 (7), Verschiedenes 2 (12). Von den Auskünften machten 558 (548) die Anfertigung von 423 (435) Schriftsätzen erforderlich; außerdem gingen aus 292 (26) sonstige Briefe und Postkarten. Ein gingen 286 (244) Postsendungen. Der 4. Mai zeigte mit 84 (83) die höchste, der 29. Mai mit 40 (27) die niedrigste Besucherzahl.

**Eine interessante Ausstellung** ist gegenwärtig unentgeltlich in der sogenannten kirchlichen Halle unseres Museums zu besichtigen. Die Vereinigung nordwestdeutscher Künstler hat dort eine stattliche Anzahl von Radierungen, Lithographien und Holzschnitten zur Schau gestellt, die das Interesse aller Kunstfreunde sowie auch des größeren Publikums verdienen. Der Katalog weist nicht weniger als 314 Nummern auf. Die verschiedenartigsten Gebiete dienen den Künstlern als Vorwurf für ihre Arbeiten. Man sieht stimmungsvolle Landschaften, charakteristische Köpfe und markante Gestalten, eigenartige Szenen aus dem russischen Ballett, Tierbilder und anderes. Es ist nicht die Absicht, aus der Fülle der aufgestellten Blätter, deren Schöpfer zum großen Teil in der Kunstwelt wohlbekannte und aufstrebende Namen tragen, einzelne hervorzuheben. Diese Zeilen sollen nur dazu dienen, die Aufmerksamkeit weiterer Kreise auf diese graphische Wanderausstellung zu lenken, die einen noch stärkeren Besuch rechtfertigt, als er ihr bisher zuteil geworden ist. Jeder verständige Betrachter wird Anregung und Gewinn daraus ziehen. Die beste Anerkennung dafür, daß die Leitung unseres Museums die Mühe auf sich nahm, die eine derartige Veranstaltung mit sich bringt, ist eben ein reges Interesse des Publikums.

**Der Arbeiter-Abstinenzbund, Ortsgruppe Lübeck,** hielt am Freitag, dem 5. Juni, eine Versammlung ab, die sich u. a. auch mit dem am 28. Mai ds. Js. im „Lübecker Volksboten“ veröffentlichten Bericht von der Kartellföhrung, soweit vom Arbeiter-Abstinenzbund berichtet wurde, beschäftigte. Es wurde hervorgehoben, daß dieser Bericht und der von der Kartellföhrung am 23. März ds. Js. den Lesern des „Volksboten“ ein unrichtiges Bild von den Vorommissen gebe. Wenn es in der ersten Kartellföhrung über unsere Eingabe zu unklaren Debatten, wie es im „Volksboten“ zu lesen war, gekommen ist, so fühlen sich die Abstinenzten von jeder Schuld frei. Wir wissen schon aus der Erfahrung, wenn von der Alkoholfrage die Rede ist, daß manche Genossen ihre Vorurteile über die Sache stellen. Wenn nun gar im letzten Kartellbericht geschrieben wird, daß, wenn unsere Eingabe keine Würdigung erfahren habe, so sei das auf Konto des in der Versammlung betriebenen Fanatismus und durch die Ungeklärtheit der Begründung seitens einiger Abstinenzten zu sehen“, so sei erwähnt, daß sich die Ausführungen der Redner für unsere Eingabe, ob Abstinenz oder Nichtabstinenz, im Rahmen der Parteitagbeschlüsse zur Alkoholfrage bewegten. Unserer Eingabe wurde nicht stattgegeben, weil die Ansicht geäußert wurde, die Geschäftsordnung des Kartells lasse über solche Eingaben keine Abstimmung zu. Für die Bemerkung „Fanatismus und Ungeklärtheit“ stellt die Versammlung dem Verfasser des Kartellberichts nur ein dahingehendes Zeugnis aus, daß derselbe als Lehrmeister der Geschäftlichkeit nicht betrachtet werden kann. Unsere Eingabe wünschte, daß das Kartell im Rahmen der bekannter Beschlüsse einiger Arbeiterkongresse teilnehmen möchte am Kampfe gegen den Alkoholmißbrauch. Es ist also unrichtig, wie man jetzt erzählen hört, wir wünschten vom Kartell eine Agitation für den Arbeiter-Abstinenzbund. Solches Anfinnen stellt die Versammlung nicht. Den angegriffenen Bericht in der Mainummer des „Abstinenzten Arbeiters“ hält die Versammlung für notwendig und nützlich, da die seit Anfang dieses Jahres beliebte Behandlung der Abstinenzbewegung zur Abwehr nötigte. Im übrigen hofft die Versammlung, daß in der Zukunft ihre Bestrebungen, die auf Parteitagbeschlüssen fußen, eine bessere Beachtung finden und ihr der Anlaß zur Kritik genommen wird. Ferner besahte sich die Versammlung mit der Polizeiverordnung betreffend den Verkauf von alkoholischen Getränken an Personen unter 16 Jahren usw. Wenn auch dieses Gesetz gemildert sei, so müssen wir sagen, an alku scharfen Polizeiverordnungen keine Freude zu haben. Um die Jugend vor dem Alkoholmißbrauch zu schützen, wirken mit der Zeit Aufklärung und Belehrung mehr, als manche geschäftlichen Maßnahmen. Den Auswüchsen des Alkoholkapitals könne man wirksam durch Einführung des Gemeindebestimmungsrechts entgegenzutreten. — Wir möchten hierzu nur bemerken, daß die Berichte über die Kartellversammlungen vom Schriftführer der Kartellkommission stammen und unseres Wissens durch aus objektiv sind. Red. d. „L. B.“

**Gesperrter Radfahrweg.** Wegen Straßenbauarbeiten wird die Strecke des Radfahrweges auf dem Heiligen-Geist-Kamp von der Arnimstraße bis zur Radenstraße vom Montag, den 8. Juni ds. Js. ab bis auf weiteres für den Radfahrverkehr gesperrt sein.

**Die öffentliche Badeanstalt Marli** ist vom Mittwoch, dem 10. Juni 1914 ab geöffnet: a) an den Werktagen: von 6 Uhr vormittags bis 3/4 Uhr nachmittags und von 6 1/2 Uhr nachmittags bis zum Dunkelwerden, b) an den Sonntagen: von 5 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags. Das Baden ist unentgeltlich. Auf Verlangen wird das Schwimmpersonal

des hiesigen Infanterie-Regiments Schwimmunterricht erteilen; für diesen Unterricht ist bei der Anmeldung dem Oberausseher im voraus gegen Quittung eine Vergütung von drei Mark zu zahlen.

**Ein starker Feuerstein** rötete in der letzten Nacht kurz vor 1 Uhr den Himmel. Es brannte das Gewese des Landmannes Renschow im benachbarten Israelsdorf. Das Feuer griff so schnell um sich, daß es leider nicht möglich war, das Vieh zu retten. Zwei Pferde, zwei Schweine und ein Kalb sind mit verbrannt. Wie das Feuer entstanden ist, konnte bisher noch nicht aufgeklärt werden.

**pb. Verhafteter Betrüger.** Festgenommen wurde ein Steuermann von hier, der unter der Vorpiegelung, er wäre auf einem im hiesigen Hafen liegenden Dampfer als erster Offizier angestellt, Summischläuche bestellte und sich bei dieser Gelegenheit ein Darlehen erschwandelte. Er ist schon mehrere Male wegen gleicher Betrügereien vorbestraft.

**pb. Diebstähle.** In der Nacht vom 1. zum 2. ds. Mts. ist ein am Eingang zu der Gastwirtschaft zu Krummweierbaum angebrachter Schokoladenautomat mit 10 Tafeln Schokolade gestohlen worden. In derselben Nacht wurden einem in Blankensee wohnhaften Holländer zwei vor dem Hause aufgestellte gewesene Messinggefäß von 30 bezw. 15 Liter Kubikinhalt gestohlen. — In der Nacht vom 1. zum 2. ds. Mts. sind in Harnsdorf aus der Kammer eines Landmannes folgende Kleidungsstücke gestohlen worden: ein dunkler Jacketanzug mit weißen Punkten, eine rehbraune Jagdweste, eine alte Manchestertulose und ein weißes Hemd.

**pb. Selbstmord.** In der letzten Nacht gegen 11 Uhr erschloß sich in den Anlagen des ersten Balles ein in Zivilkleidern befindlicher Maschinenmaat. Er wurde noch lebend in das Allgemeine Krankenhaus gebracht; er ist bald darauf seinen Verletzungen erlegen.

**pb. Entwendetes Fahrrad.** Am 6. ds. Mts. gegen 6 Uhr nachmittags ist vor einem Hause an der Untertrade ein Fahrrad mit schwarzem Gestell, ebensolchen Felgen, Freilauf, Rücktrittbremse und der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 6167 abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Das Rad trug die Marke „Sämann“. Dieses Diebstahls dringend verdächtig ist ein stellungsloser Handlungsgehilfe, der in den Nachbarhäusern gebettelt hat. Dieser war bekleidet mit grauem Anzug und schwarzem steifen Hut, und trug unter dem Kinn ein Pflaster.

**Stadthallen-Sommertheater.** Spielplan: Dienstag: Novität! „Hohheit — der Franz“, Operette von Robert Winterberg. Mittwoch: „Hohheit — der Franz“. Donnerstag: „Der Bettelstudent“, Operette von Carl Millöcker. Freitag: Novität! „Müllers“, Schwank von Friedmann-Friedrich. Sonnabend: „Der Vogelhändler“, Operette von Carl Zeller.

**Hansa-Sommertheater.** Spielplan. Dienstag: „Fr. Trallala“, Operette von Gilbert. Mittwoch: „Flachsmann als Erzieher“, Komödie von Otto Ernst. Donnerstag: „Farmermädchen“, Operette v. Karno. Freitag: „Die Siebzehnjährigen“, Schauspiel von Max Dreier. Sonnabend: „Fr. Trallala“. Sonntag: Die Operettennovität von Kollo „Der Fugbaron“.

**Im Hansatheater** wurde Sonnabend „Flachsmann als Erzieher“ von Otto Ernst aufgeführt und zwar vor recht gut besuchtem Hause. Über den Inhalt des Stückes brauchen wir wohl keine Worte zu verlieren, da diese Komödie, die zu den besten ihres Verfassers gehört, ja hier schon häufig über die Bretter gegangen ist, ohne dabei an Reiz zu verlieren. Neu war nur Herr Direktor Albert als Flachsmann. Doch entsprach er allen Anforderungen, die diese Intrigantenrolle erfordert. Auch seine Maske war recht gut gewählt. Ihm stand Herr Wüstenhagen als Jan Flemming würdig zur Seite. Desgleichen Fr. Reichardt als Gisa Holm und Herr Groß als Regierungsschulrat Dr. Brill. Aus dem Lehrerkollegium ragten hervor die Herren Carl Wilhelm und Voegel und Fr. Emma Boll, während uns Herr Ernst Wilhelm als Carsten Dierks zu wenig Temperament in dieser „Wesentlichkeitsrolle“ entwickelte. Alles in allem aber war das Gesamtspiel ein gutes und bewies das Ensemble, daß es auch in ernsteren literarischen Sachen Gutes leistet.

**Hamburg.** Ein Musterjournalist für Sozialistenbekämpfung. In den „Hamburger Nachrichten“ wirkt seit ca. sechs Jahren der bekannte Schriftsteller Thomas Hübbe als Kommunalredakteur. Wenn das ehemalige Bismarckblatt neuerdings mehr und mehr zu einem Scharfmacherorgan größten Kalibers geworden ist, so ist das hauptsächlich Hübbes Verdienst. Er überhäuft die sozialistische Arbeiterbewegung, nicht nur die Partei, sondern auch Gewerkschaften und Genossenschaften fast täglich mit insamsten Beschimpfungen und Verdächtigungen, die vielfach ihren Weg in die ganze Reichsverbandspresse finden. Die gleiche Kampfesweise wendet er gegen jeden Bürgerlichen an, der die Sozialdemokratie nicht in Acht und Bann tun will. So hat er seit Jahren gegen die Hamburger Volksschullehrer gehetzt, die ihm nicht „patriotisch“ und nicht „christlich“ genug sind. Auch den Behörden erteilt er anmaßliche Zensuren, wenn sie nach seiner Ansicht zu schlapp in der Bekämpfung der Sozialdemokratie sind. Natürlich hat das schon Unmut in bürgerlichen Kreisen erregt und Proteste hervorgerufen. Aber Hübbe macht sich dem Scharfmacherblatt unentbehrlich durch die strupellose Manier, wie er mit unlegbarem Gesicht die Interessen der kleinen, aber mächtigen Großkapitalistengruppe vertritt. Selbstverständlich ist, daß unser Hamburger Parteiblatt, das „Echo“, mit Hübbe ständig in schärfster Feindschaft liegt. Hübbe hat wegen angeblicher persönlicher Beleidigung wiederholt gegen das „Echo“ geklagt. Sauberer ist aber davon seine Wäsche nicht geworden. Im Gegenteil. Ein Prozeß, den er vor 1 1/2 Jahren gegen den Genossen Köpfe anstrengte, weil unter dessen Verantwortlichkeit ein Artikel erschienen war, der Hübbes Wandlungsfähigkeit in seiner Stellung zum Christentum beleuchtete, schwebt heute noch. Das Gericht hat zuletzt beschlossen, Erhebungen über Hübbes frühere journalistische Leistungen anzustellen. Es ist nämlich festgestellt, daß Hübbe bis 1908 verantwortlicher und Hauptredakteur der antikapitalistischen „Sowach“ in Stettin war, die in Verhöhnung des jüdischen wie des christlichen Gottesglaubens Erhebliches geleistet hat, und besonders auch gegen die kapitalistische Ausbeutung in Artikeln zu Felde gezogen ist, die Hübbe in seiner heutigen Stellung als Redakteur des Hamburger Großkapitalistenblattes Kopf und Kragen kosten würden. Eben jetzt veröffentlicht das „Hamburger Echo“ wieder einen solchen Artikel, der kurz nach der Gründung des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie 1904 erschienen ist und worin der Gedanke, die Sozialdemokratie mit Wölfenleuten, Geißlichen und Professoren zu vernichten, blutig verhört wird. Wörtlich heißt es darin: „Will man die Sozialdemokratie bekämpfen, so mache man sie unnötig dadurch, daß man dem Volke sein Recht gibt. Ein Reichsverband, der Rettung bringen soll, muß seine Arbeit gegen die kapitalistische Ausbeutung des Volkes richten, gegen nichts weiter!“ Das ist unter der Verantwortlichkeit, vielleicht sogar aus der Feder desselben Thomas Hübbe erschienen, der heute in den „Hamburger Nachrichten“ jeden streikenden Arbeiter als Ver-

brecher behandelt wissen will, weil die mittelere Straftatene Lohnforderung ein moralisch verwerflicher Angriff auf den Geldsack des Unternehmers sei, der keine Gelegenheit vorübergehen läßt, um über das Reichstagswahlrecht häßliche Glossen zu machen und kapitalistische Weltordnung mit fanatischem Eifer verteidigt. Seine Wandlungsfähigkeit hat dieser bürgerliche Musterjournalist in einer früheren Gerichtsverhandlung entschieden bestritten und behauptet, er habe seine heutige Ueberzeugung schon als „Hochwacht“-Redakteur gehabt; er hätte damals nur öfter Artikel gegen seine Ueberzeugung auf nehmen müssen, weil er sonst seine Stellung verloren haben würde. Er habe nur die preßgesetzliche, nicht die moralische Verantwortung für jene Artikel getragen. Diese Selbstbezüglichkeit veranlaßte den (bürgerlichen) Schriftstellerverein von Hamburg-Altona gegen die von Hübbe vertretene Auffassung des Redakteursberufs in einer Resolution zu protestieren. Hübbe hat darauf dem Urheber der Resolution, einem Redakteur des „Hamburger Correspondenten“, Gesinnungslosigkeit vorgeworfen. Darauf ist es zwischen ihm und diesem bürgerlichen Redakteur zum Prozeß gekommen, der aber auch noch nicht entschieden ist. Inzwischen wird das Charakterbild Hübbes als eines „berufenen“ Streikers gegen die Sozialdemokratie durch die neuen Veröffentlichungen des „Hamburger Echo“ so weit vervollständigt, daß es wohl keines weiteren Urteils mehr bedarf.

**Schwerin.** Zum „Kall Schöder“ erhält die „Frankfurter Zeitung“ folgende interessante Angaben: Schöder, der in Dresden Akquisiteur einer Elektrizitätsfirma gewesen war, gab sich kaum noch Mühe, seine Rolle als Akademiker und hoher städtischer Beamter durchzuführen. Er lebte einfach drauf los. Klagen und Pfändungen waren bei ihm an der Tagesordnung. Das Mißtrauen weiter Kreise war schon lange rege geworden. Mitglieder des Magistrats hatten ihn auf faustdicken Lügen ertappt, und dennoch setzte er sein Treiben mit einer Freiheit ohnegleichen fort, weil er annahm, die Stadtverwaltung würde ihn so leicht nicht fallen lassen. Und darin hatte er sich allerdings nicht verrechnet. So konnte er noch, als der wahre Gehalt seiner Persönlichkeit schon nicht mehr zweifelhaft sein konnte, eine große Reihe kleinerer und größerer Geschäftsleute schwer schädigen, ein Darlehen von 5000 Mark bei einer Bank aufnehmen und ungekört die Kasse des städtischen Wertes plündern. Angehts der ganzen Sachlage kann man den Vorwurf nicht unterdrücken, daß die vorgelegte Behörde dieses „Direktors“ es an der nötigen Sorgfalt hat fehlen lassen. Wenn der Schwindler drei Jahre lang sein Treiben ungeniert fortsetzen konnte, so wird man nach den Gründen für das unerklärliche Verhalten des Magistrats suchen müssen. Dazu aber muß man wissen, daß der Magistrat einer mecklenburgischen Stadt eine ganz andere Stellung einnimmt, als der irgend eines anderen deutschen Städtchens. Vor allem sind die Bürgermeister unabsehbar, sie werden auf Lebenszeit ernannt oder gewählt. Ihre Macht ist nahezu unumkehrbar. Als das Oberhaupt der Stadt Kröpelin sich eine ganze Reihe von Verbrechen hatte zuschulden kommen lassen, setzte er sich nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis getroßt wieder auf den Bürgermeisterstuhl. Man war nicht imstande, diesen Herrn anders los zu werden, als durch seinen freiwilligen Verzicht nach Zahlung einer Entschädigungssumme. Die Bürgervertretungen spielen gegenüber dem Magistratskollegium nur eine ganz untergeordnete Rolle. Die Schuld daran aber tragen sie doch zum guten Teil selber. Sie tagen noch, mit wenigen Ausnahmen, unter Ausschluß der Öffentlichkeit, und dieser Ausschluß ist bei allen Verhandlungen über städtische Angelegenheiten besonders in Schwerin geradezu virtuos durchgeführt worden! So ist eine rechtzeitige Veröffentlichung der Schwindeleien Schöders verhindert worden. Jetzt ist der angerichtete Schaden nicht mehr wieder gut zu machen, denn eine Verantwortlichmachung des Magistrats ist unter mecklenburgischen Verhältnissen ganz ausgeschlossen.

**Flensburg.** Großes Aufsehen erregt hier die Befristung des Bezirksverwalters der Gothaer Lebensversicherung, J. Petersen, wegen Verdachts des Betruges und der Beschleßföhrung. Petersen, der in Meddorf war, wurde auf telegraphische Anordnung der Flensburger Staatsanwaltschaft verhaftet und in das hiesige Gerichtsfängnis eingeliefert.

**Londern.** Ein Opfer seines Berufes. Der Rangierer und Bremser Jessen wurde Sonnabend morgen von einem Zuge überfahren; er war sofort tot.

**Güstrow.** Du sollst nicht töten! Sonnabend morgen wurde auf dem Hofe des hiesigen Landgerichtsgefängnisses der am 17. Juni 1891 zu Uelitz geborene Schmiedegessele Karl Koch hingerichtet. Er hatte am 7. September vorigen Jahres in der Forst zu Pulverhof bei Hagenow seine Geliebte, die Arbeiterin Marie Hamberger aus Ludenwalde, die ihm lästig zu werden begann, vorzüglich ermordet. Er war nach dreitägiger Verhandlungen von dem hiesigen Schwurgericht am 11. Dezember vorigen Jahres zum Tode verurteilt worden.

**Bremen.** Schwere Unfall in einer Turbinenwerkstatt. In der Turbinenwerkstatt der Aktiengesellschaft „Weser“ sollte Sonnabend nachmittags das Hochdruckgehäuse einer Schiffsturbinen der Wasserdampfprobe unterzogen werden. Als der vorchriftsmäßige Druck erreicht war, brach ein Stück des Gehäuses los und traf den Betriebsingenieur Kändler so unglücklich am Kopf, daß der Tod sofort eintrat.

## Literarisches.

Sieben erschienen: „Alkoholismus und Gewerkschaft“ von Dr. Viktor Adler. Preis 10 Bg. Verlag: Arbeiter-Abstinenzten-Bund in Österreich, Wien VII, Seibengasse 15. Kommissionsverlag: Deutscher Arbeiter-Abstinenzten-Bund (S. Michaelis), Berlin SO 16, Engel-Platz 19. Das Büchlein enthält das Referat, das Gen. Dr. Adler auf dem 5. österreichischen Gewerkschaftskongreß zu Wien gehalten hat. Mit begeisterten Worten zeigt Gen. Dr. Adler, daß die direkte Bekämpfung des Alkoholismus durch die Gewerkschaften eine zwingende Notwendigkeit ist. Und mit feiner Logik weist er nach, daß in diesem Kampfe nicht die Mäßigkeit sondern nur die Enthaltensamkeit zum Ziele führen wird. — Wir können die Schrift jedem Gewerkschaftler zum Studium empfehlen.

# Insertate

finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere in „Lübecker Volksboten“

Verantwortlicher Redakteur: Paul Böwig  
Verleger: J. H. Schmarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.  
Sämtlich in Lübeck.



**Verkauf lebender Bunt vom Boof aus** (4500 am Dienstag, dem 9. Juni vormittags von 8 Uhr ab an der **Hoffenbrücke, Eufiner Brücke, Hüfelftorbrücke und Struckfähre.**

Wir gratulieren unserer Freundin **Elly R.** zum heutigen Wiegenfeste, ein donnerndes Hoch, daß die ganze Wiedelstraße wackelt. (4517)

Sonntag nacht erlöste ein sanfter Tod unsere gute Mutter, Schwieger- und Großmutter

**Wilhelmine Haferstroh** geb. **Schlewski**

von ihrem langen schweren Leiden im fast vollendeten 57. Lebensjahre. Die trauernden Hinterbliebenen

**Geschwister Haferstroh und Familie.**

Lübeck, den 7. Juni 1914. Trauerfeier Mittwoch 2 1/2 Uhr in der Pommerker Friedhofskapelle.

Flüchtig und unvorbereitet starb in der Nacht zum 7. ds. Mts. unser lieber kleiner

**Heinz**

im Alter von fast 5 Jahren. Auf's tiefste vernunft und betrauert von seinen Eltern, Geschwistern und Verwandten.

**Willy Priesen und Frau,** geb. **Steuck.**

Lübeck, den 7. Juni 1914. Beerdigung am Mittwoch nachmittags 2 Uhr von der Kapelle des Pommerker Friedhofes. Trauerfeier 1 1/2 Uhr. (4513)

Für die vielen Kranzspenden bei der Beerdigung unseres lieben Vaters danken herzlich

**Familie Elser.**  
Jung. Mädchen m. g. Handschrift sucht Beschäftigung in schriftlichen Arbeiten. Angebote unter G L an die Exped. dieses Blattes. (4506)

Haushälterin gesucht von 40 bis 50 Jahren. Verat nicht ausgeschlossen. Zu melden abends von 7-9 Uhr. (4500) Parvinsstr. 17.

**Sitz- und Liegekinderwagen** zu verkaufen. Guelowisch 53, I.

**Kohlplanzen, Stedrüben** Schoß 10 Pf. und Saatkohl zu verkaufen. Wostinger Allee 156.

**Südd. Penionat und Kaffeehaus** a. Robert 70 und 50 Pf. (4508) Bederstraße 50, II.

**Rechnungs-Formulare** werden hergestellt in der **Buchdruckerei des Lfb. Volksboten.** Johannisstraße 46.

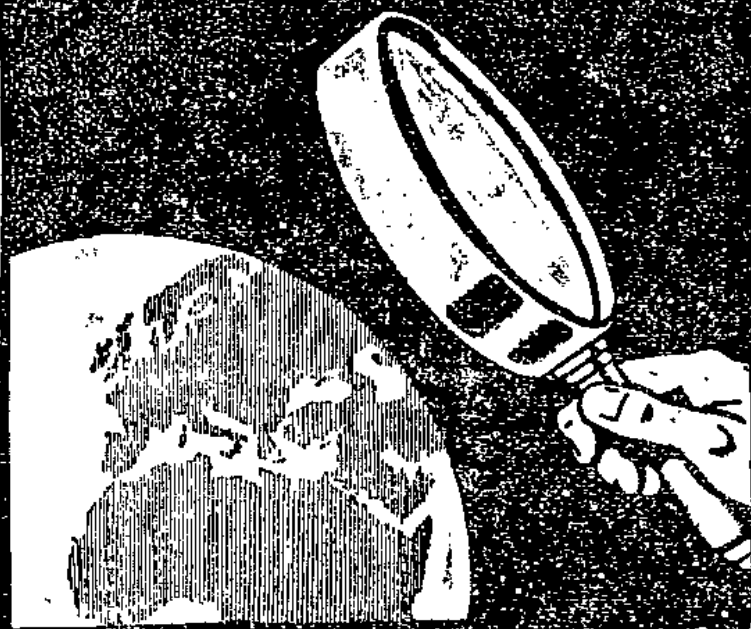
**Visitenkarten Fr. Meyer & Co.,** ff. Eifenbatterie, 150 Stück von 1.00 Mk. an. Johannesstraße 46.

**Unterhaltend**

Billigen und guten Lesestoff für jede Familie bietet der Kosmos. Für den geringen Jahres-Betrag von **nur M4.80**

werden kostenlos geliefert:

**12 Monatshefte 5 gute Bücher** erster Fachmänner. Im Jahre 1914: **Bölsche, Tierwanderungen in d. Urwelt; Floericke, Meeresfische; Lipschütz, Warum wir sterben; Kahn, Die Milchstrasse; Nagel, Die Romantik der Chemie**



**KOSMOS**

**Belebend**

Über 1000 Seiten Text mit viel. Abbildungen. Nur die grosse Zahl der Mitglieder — Ende des Jahres 1913 weit

über **100 000**

ermöglicht diese beispiellosen Leistungen. Treten Sie sofort bei oder verlangen Sie Prospekt bezw. Probeheft bei Ihrer Buchhandlung oder der Geschäftsstelle des Kosmos / Stuttgart Pfisterstrasse 5



Anerkannt gute und billige **Uhren-Reparatur-Werkstatt.** Aug. Büttner, Uhrmachermeister, 4507) Hüfelfstraße 32.

**Sektions-Versammlung** der **Hausdiener, Fensterputzer, Austräger und Austrägerinnen**

am Dienstag, dem 9. Juni abends 8 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“ Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:  
1. Berichte.  
2. Innere Verbandsangelegenheiten.  
Zahlreiches Erscheinen der Kollegen und Kolleginnen ist erforderlich (4502) **Der Vorstand.**

**Achtung!**  
**Steinsetzer u. Berufsgen.**

**Versammlung** am Dienstag, dem 9. Juni abends 8 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“ Johannisstraße 50-52.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Um zahlreiches Erscheinen ersucht (4511) **Der Vorstand.**

**Achtung**  
Auf vielseitiges Verlangen gibt die süddeutsche Zirkelkämpfer-Truppe noch einige Gastspiele in der Hansastrasse beim Gasthof zum **Hausfrug.** Jeden Abend vollständig neues Programm. (4504) Es ladet ergebenst ein **Die Direktion.**

**Stadthallen-Sommertheater.** Montag, den 8. Juni abends 8 1/2 Uhr: **777: 10.**

Lutz- und Totoschwanz in 3 Akten von Schwarz u. Mathern.

**Dienstag, den 9. Juni** abends 8 1/2 Uhr: **Novität! Novität!**

**Größter Operettenspieler: Hoheit - der Franz.**

Operette von Robert Winterberg. **Mittwoch, den 10. Juni** abends 8 1/2 Uhr:

Wiederholung der erfolgreichen Operette:

**Hoheit - der Franz.** Von Robert Winterberg.

Vorverkauf zu allen Vorstellungen: Zigarrenhandlung **Otto Borchert.** Musikalienhandlg. **F. W. Kalbel.** **Rudolph Karstadt.**

Dutzendkarten haben zu allen Vorstellungen Gälligkeit. (4512)

**Sommertheater** in **Fritz Rittschers Hansatheater.** Dir. **Ernst Aibert.**

**Dienstag, den 9. Juni:** Der Operettenspieler **Fräulein Trallala.**

Titelrolle — **Hertha Zondavan.** Im 3. Akt **Volcouplet G. Wilhelm.**

**Mittwoch, den 10. Juni:** **Flachsmann als Erzieher.**

Nachmann — **Dir. Ernst Aibert.** Das Stück erzielte am Sonnabend einen selten starken Erfolg bei vollem Hause.

Zu Vorbereitung der neuesten Operettenspieler von **Kollo: Der Juxbaron.**

Die neue Operette, welche fast von allen Theatern angenommen oder mit durchschlagendem Erfolg aufgeführt wird.

**Aufang freitags 8 1/2 Uhr.** (4514)

Empfehle prima gefalzenes **Kopf und Bein**

Bünd 20 Pfg. (4515) **H. Schmalfeld** Reiferstraße 26.

**H. Kopf und Bein**

Kochrippen per Pfd. von 20.3 an  
Eisbein, frisch u. gep. per Pfd. 45.3  
ff. w. Schmalz 6. Abm. v. 2 Pfd. a 60.3  
Schweinefleisch, Bratenstücke 65.3  
Dicke Rippen, Füll. per Pfd. 65.3  
**Dicke Kloten** per Pfd. 60.3  
**Karl Lahrtz,** Böttcherstraße 11-16.  
v. m. M. Lahrtz. (4519)

**Wochenlicher Unterricht**

in der Damenschneiderei, Maßnehmen, Musterzeichnen und Zuschneiden familiärer Damen- und Kindergarderoben, 6 wöchentliches Kursus 20 Mk.

**Frau K. Baisch,** Damenschneiderin, meißler. (4509) **Große Burgstraße 42, III.**

**Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands.** Zentrale Lübeck.

**Mitglieder-Versammlung**

am Dienstag, dem 9. Juni abends 8 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“ Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:  
1. Bericht von der Gaukonferenz.  
2. Stellung von Anträgen zum Verbandstag.  
3. Kartellbericht.  
4. Verschiedenes.  
(4501) **Die Ortsverwaltung.**

**Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek.**

Von der „Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek“ sind bis jetzt folgende Hefte erschienen und sehr zu empfehlen:

- Heft 1. **Die erste Hilfe bei Unglücksfällen.** Dr. Christeller. Muß in Fabriken, Werkstätten, auf Bauplätzen vorhanden sein.
- Heft 2. **Das erste Lebensjahr.** Von Dr. Silberstein. Jeder jungen Mutter zur Anschaffung zu empfehlen.
- Heft 3. **Gesundheitspflege des Nervensystems.** Von Dr. Dirichlaff. Wer seine Nerven gesund erhalten will, lese diese Anleitung.
- Heft 4. **Der Achtstundentag.** Von Dr. Zadel. Eine ärztliche Begründung der sozialdemokratischen Forderung.
- Heft 5. **Alkoholfrage und Arbeiterklasse.** Mit besonderer Berücksichtigung d. Leipziger Parteitagbeschlusses betr. Schnapsbongott.
- Heft 6. **Das Schulfeld.** Von Dr. Silberstein. Die Kinder vor Schulkrankheiten schützen, ist Zweck des Völkchens.
- Heft 7. **Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten.** Von Dr. Gebert. Belehrend über diese für jeden Menschen wichtige Frage.
- Heft 8. **Nahrung und Ernährung.** Von Dr. Chajes. Ein wichtiges Kapitel für jeden Arbeiter und seine Familie.
- Heft 9. **Wie sollen wir uns kleiden?** Von Dr. B. Bernstein. Eine belehrende Abhandlung über diese wichtige Frage.
- Heft 10. **Der Arbeiterschutz.** Von Dr. M. Epstein. Mit besonderer Berücksichtigung der Werkstatthygiene.
- Heft 11. **Frauenleiden und deren Verhütung.** Dr. F. Zadel. Mit einem Anhang: Die Verhütung d. Schwangerschaft. (Text-Illustrationen.)
- Heft 12. **Vom medizinischen Aberglauben.** Dr. E. Theising. Eine lehrreiche Abhandlung für jedermann.
- Heft 13. **Das Wasserleitverfahren in der Gesundheitspflege des Arbeiters.** Von Dr. S. Munter. Die Anwendung des Wassers in gesunden und kranken Tagen.
- Heft 14. **Verhütung und Heilung des Stoffersns.** Von L. Jordan. Nebst einer Einleitung des Herausgebers über Sprache und Sprachstörungen. Mit fünf Text-Illustrationen.
- Heft 15. **Geschlechtliche Erziehung in der Arbeiterfamilie.** Von Dr. F. Markuse. Allen Eltern warm empfohlen.
- Heft 16. **Zähne und Zahnpflege.** Von Gertrud Kemald. Mit besonderer Berücksichtigung der gewerblichen Erkrankungen. Mit sieben Text-Illustrationen.
- Heft 17. **Bau und Lebensfähigkeit des menschlichen Körpers.** Von Dr. Christeller. Mit zahlr. Illustrationen.
- Heft 18. **Der Geschlechtstrieb.** Von Eduard Bernstein.
- Heft 19. **Die Krankenpflege im Hause.** Von Joh. Ranker-Mannheim. Mit einer Einleitung vom Herausgeber Dr. Zadel, Berlin.
- Heft 20. **Die Proletariatskrankheit.** Von Dr. F. Zadel.
- Heft 21. **Atmungsorgan.** Von Otto Kühle. Mit zahlreichen Illustrationen.
- Heft 22. **Haut- und Haarpflege.** Von Dr. Chajes.
- Heft 23. **Wie schützen wir uns vor Herzerkrankungen?** Von Dr. Rehnisch-Berlin. Mit zahlr. Illustrat.
- Heft 24. **Die Hygiene der Arbeiterwohnung.**

Jedes Heft kostet 20 Pfennig.

**Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.** Johannisstraße 46.

Auch nehmen unsere Kolporteurs Bestellungen entgegen.

**Hesses Volksbücherei**

Jede Nummer brosch. 20 Pfennig. Bis jetzt erschienen über 700 Nummern.

Hesses Volksbücherei enthält in gediegenster Ausstattung eine ganze Reihe von Perlen der Erzählungskunst. Neben wertvollen Beiträgen von älteren, bewährten Dichtern sind reichlich Schöpfungen anerkannter, erster Schriftsteller der Gegenwart aufgenommen, so von:

**Auzengruber — B. Blüthgen — Helene Böhlau Otto Ernst — Max Eyth — Gustav Falke Ric. Huch — Wilh. Jensen — Max Kreher Detlev v. Siliencron — Ch. Meise — A. v. Perfall W. Raabe — Peter Rosegger — Frida Schanz Aug. Trinius — Clara Viebig — Ernst Wichert Arthur Zapp u. v. a.**

Handliches Format, große deutsche Schrift und kostbares Papier.

Die meisten Nummern sind auch in höchsten Einbänden zu haben. Vollständige Kataloge stehen kostenlos zur Verfügung.

**Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.** Johannisstraße 46.



## Offizierschre und Duellunfug.

Unser Bochumer Parteiblatt erhält von einem alten Reserveoffizier aus ärztlichen Kreisen, der sich im Kampfe gegen das Duellunwesen betätigen möchte, folgende Zuschrift mit der Bitte um Veröffentlichung.

Das Heiligste des Menschen ist seine Ehre, wenn er sie richtig aufsaßt, was aber nach den Ständen verschieden ist. Der hochfeudale Korpsstudent, oder der hochgeborene Leutnant von der Garde hat natürlich eine andere Schrauffassung als der Arbeiter, der sich und die Seinen schlecht und recht im Schweiße seines Angesichts nährt. Jedermann sollte aber jedenfalls seine Ehre zunächst allein vor demjenigen höchsten Gericht suchen, das er selbst in seinem Busen trägt. Bei den höheren Ständen haben sich jedoch gewisse Formen in Ehrensachen herausgebildet, Formen, die besonders bei oberflächlichen Gemüthern geeignet sind, an Stelle des Inhalts, des Wesens der eigentlichen Ehre zu treten, wovon die Welt gerade in den letzten Jahren nicht wenig Beispiele gesehen hat. Es scheint sogar, als ob die Entwicklung der öffentlichen, sozusagen amtlichen neudeutschen Kultur auf eine weitere Ausgestaltung, aber auch auf eine Ausbühlung und innere Erstörung dieses Formenwesens auch in Sachen der eigentlichen Ehre hindränge. Es hängt das zusammen mit dem ganzen Zug des jetzigen öffentlichen Lebens, das auf die volltönende, aber sittlich inhaltlose Phrasen abgestimmt ist.

Welleicht nirgends so sehr kommt dieser Zug zum Ausdruck als in den Gebäuden, wie sie von den schlagenden Verbindungen und den Offizieren bei der Erledigung ihrer Ehrenhändel geübt werden. Dieser „satisfaktionsfähige“ Kreis von Menschen beherrscht bekanntermaßen unser amtliches und öffentliches Leben; seine Angehörigen sind in allen Ämtern und drücken ihnen ihren Geist auf, obwohl sie von den akademisch Gebildeten wahrscheinlich nur eine Minderheit ausmachen. Denn das wollen wir vorausschicken, die Mehrheit der akademisch Gebildeten, nämlich zunächst die Katholiken, aber auch viele andere, geben keine „Satisfaktion“ mit der Waffe. Sie überlassen das der feudalen Ständen und begnügen sich sozusagen mit der gewöhnlichen Feld-, Wald- und Wiesenehre des schlichten Bauern, Arbeiters und Bürgers. Die Zugehörigkeit zu jenem Kreise der Satisfaktionsfähigen leitet sich nun nicht etwa von der Ehre im sittlichen Sinne ab; es kann jemand ganz allgemein als der größte und waschechteste Schurke gelten, mit dem niemand etwas zu tun haben will, und doch ein „Ehrenmann“ und satisfaktionsfähig sein, denn wohlgemerkt, die Anerkennung der Satisfaktionsfähigkeit macht den Mann erst ehrlos und hat z. B. bei Offizieren die Dienstentlassung zur notwendigen Folge. Satisfaktionsunfähig wird aber jemand hauptsächlich, wenn er eine Forderung ohne genügenden Grund — in der Hauptsache nur Satisfaktionsunfähigkeit des andern Teils — ablehnt und wenn er erwiebenermaßen ehrenrührige Handlungen begangen hat.

Das letztere hat nun eine besondere Bedeutung für die Art, wie die Beteiligten die Ehre überhaupt auffassen und was sie als ehrenrührig ansehen. Zunächst entehren natürlich gewisse gerichtliche Strafen, jedoch nicht alle. Aber man beachte auch, mit wie verschiede-

nem Maße da von unserer Klassenrechtspflege gemessen wird. Die Anklagebehörden gehen gegen Angehörige der „Gesellschaft“ möglichst überhaupt nicht, jedenfalls, wenn irgend möglich, nicht so vor, wie gegen Arbeiter. Und selbst die Gerichte messen mit verschiedenem Maß. Wir erinnern hier an die Behandlung jener Bonner Korpsstudenten, die in unerhörter Weise einen Eisenbahnzug angegriffen und gefährdet hatten; statt mit Gefängnis bestraft zu werden, wurden sie, von einer nebensächlichen Geldstrafe abgesehen, überhaupt der Vergeltung entzogen. Der Fall Eulenburg spricht für sich. Wir könnten für Bochum und Umgegend Fälle anführen, wo Offiziere des Beurlaubtenstandes öffentlich der schwersten strafbaren Handlungen, Meineid, Urkundenfälschung usw. bezichtigt wurden, ohne daß weder die Beteiligten selbst, noch der Wächter des heiligen Grals der Offizierschre, der Offizierschrenrat, öffentlich merkbare Aufhebung herbeigeführt hätten. (Und wie zwei in Bochum laufende Ehrensachen ausgehen werden, muß die Zukunft lehren. In der einen Sache händeln ein Arzt und ein Stadtrat und in der anderen ein Justizrat und ein Schuldirektor. D. Red.) Wir erinnern auch an die einige Jahre zurückliegenden Fälle zweier hochfeudaler Gardeoffiziere, die mit Gefängnis bestraft worden sind. Der Ehrenrat, der lange vorher schon mit der Angelegenheit befaßt war, hatte immer jedes Einschreiten abgelehnt. Man könnte die Aufzählung solcher Fälle fortsetzen. Es genügt aber, um das Urteil eines zuständigen Beurteilers, des Oberverwaltungsgerichtsrats und nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Schiffer zu unterstreichen, der im Jahre 1912 im Reichstag dem Sinne nach ausführte, die Offizierschrenräte drängen in das Wesen der Sache — das heißt also hier die eigentliche Ehre — überhaupt nicht ein, es komme ihnen nur darauf an, daß formal etwas geschähe.

Das war von einem Mitglied der Partei des Einseitsandererseits ein sehr scharfes Urteil. Die gegenwärtige Arbeit dieser Ehrenräte hebt eben tatsächlich jede Berechtigung dafür auf, daß sich der Offiziersstand für den Träger einer höheren Ehre hält. Es sind da Dinge möglich. (Die oben erwähnten Bochumer gehören hierher. D. Red.), die zum Beispiel ein Arbeiter mit seiner Ehre nicht vereinbaren könnte. Er würde auch hörbar von den Trägern einer solchen Formalehre abrüden. Wir wollen hier aber betonen, daß wir damit nichts gegen die Ehre der einzelnen Offiziere als solchen sagen. Die sind als einzelne Menschen ebenso, nicht mehr und nicht weniger ehrenhaft wie andere, zum Beispiel die Arbeiter, auch, und suchen sich durchschnittlich brav und rechtchaffen durchs Leben zu schlagen, was unter den organisatorischen und moralischen Mängeln des Systems verhältnismäßig für bessere Naturen manchmal schwer ist, trotz oder auch wegen alles äußeren Glanzes.

Gegen solche Fehler des Systems wenden wir uns hier; übertriebener Kasengeit, die eigentliche Ehre erlösendes Formenwesen, nicht begründete Einbildung auf angeblühete höhere Ehre und Standesvorzüge und anderes mehr. Diese Fehler der Kasse wirken verderblich auf den einzelnen, er mag einen noch so guten Kern haben.

Zu diesen Uebeln gehört auch das Duellwesen. Es ist für die Offiziere im allgemeinen geregt durch Allerhöchste Kabinettsorder vom 1. Januar 1897. Danach gibt es bei allen Offizierkorps von diesen gewählte

Ehrenräte, je aus drei Offizieren bestehend. Denen müssen alle Ehrenhändel vorgetragen werden. Die Ehrenräte bestimmen, was zu geschehen hat. Sie oder ihre einzelnen Mitglieder können Versöhnungen und friedliche Ausgleiche anbahnen. Sie sollen das übrigen tun. Sie bestimmen aber auch, wann und unter welchen Bedingungen ein Zweikampf stattzufinden hat, wenn nämlich angeblich die verletzete Ehre nicht anders mehr zu verkleinern ist.

Bei diesen Verhandlungen des Ehrenrats spielt die etwaige Ehrlosigkeit der den Streit verursachenden eigentlichen Handlung keine Rolle. Sie und ihr Täter mag noch so gemein sein, gerade das ist umso mehr ein Grund, daß der andere Teil, das Opfer, sich mit diesem eventl. schurkischen Täter schlagen und sich von ihm vielleicht ermorden lassen muß. Und das ist das Frivole bei der Sache. Ein „echter Freund“ hat vielleicht den andern finanziell ausgepumpt, hat dessen Gastfreundschaft genossen und verführt noch dessen Frau. Deren Mann muß sich dann obendrein von dem Kerl todschießen lassen, der vielleicht wie mancher Strauchdieb sicher trifft.

Dasselbe gilt für manchmal ganz feige und ehrlose Verleumdungen, denn man muß nicht glauben, daß von den Satisfaktionsfähigen nur mit Stahlwaffen gefochten wird. Auch die Stinkbombe ist beliebt und entehrt nicht. So ein Herr, der vielleicht jahrelang verleumderische Briefe wider besseres Wissen aus dem Hinterhalt geschrieben oder sonst mit den schlimmsten Verleumdungen auf Umwegen seinen Gegner bekämpft hat, er ist nach den gewöhnlichen Ehrbegriffen ein Reptil. Nach den Ehrbegriffen der Satisfaktionsfähigen aber ist er Ehrenmann; wenigstens muß sein Gegner sich mit ihm schlagen und dadurch den Verleumder selbst wieder ehrlich sprechen helfen. Oder sei es ein Herr, der nicht wagen kann, sich vor Gericht von dem öffentlich gegen ihn erhobenen Vorwurf eines schweren Verbrechens zu reinigen — wegen des Wahrheitsbeweises! Er ist und bleibt immer noch Ehrenmann genug für den Zweikampf. Der Zweikampf deckt eben jede Ehrlosigkeit zu, der Zweikampf oder auch nur die Forderung.

Wir brauchen die Beispiele nicht zu vermehren. Das Ehrengerichtswesen verdient voll und ganz das obige Schifferische Urteil, nur scharfer. Es kommt eben bei diesen Verhandlungen im Ehrenrate, die dem Zweikampf vorangehen, nicht auf Ehre an, sie scheidet aus; die Ehrlosigkeit ist Grundsatz, die nur durch Formen gedeckt wird. Diese Formen allein kommen in Betracht und verdecken eine oft stinkende Fäulnis.

Und nun der Zweikampf selbst.

Das ist nichts als ein blindes und sinnloses Gottesurteil mittelalterlichen oder auch afrikanischen Stils. Der zuerst oder der am schwersten Beleidigte hat den ersten Schuß, wenn, wie am häufigsten, Pistolen und die einfachste Form des Zweikampfes gewählt wird. Solcher Formen sind es nämlich fünf oder sechs. Es ist zwar bestimmt, daß niemand absichtlich die Luft mit Löhnen ausstattet, das gilt sogar als ehrlos, aber es geschieht doch häufig, auch auf „stillschweigende Verabredung“, und das ist natürlich das Einfachste und vielleicht Verständigste, da doch alles nur Formentram ist.

Eine große Schießfertigkeit kann bei ganz schwerer Beleidigung und infolgedessen schwerster Form des

## In schlimmen Händen.

Roman von Erich Schlaikjer.

(11. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Die Familie Halvorsen war vor langen Zeiten aus Norwegen eingewandert. Es war infolgedessen selbstverständlich, daß sie in der dänischen Zeit lokale Dänen gewesen waren; mit dem Süden waren sie durch keinerlei Fäden verbunden. Als dann 1864 die Preußenherrschaft begann, blieb die Familie dänisch, wie sie es immer gewesen war. Azels Vater war zu alt, um sich in neue Verhältnisse hineinzufinden, und den älteren Söhnen erging es nicht anders. Der erste hatte in Kopenhagen studiert und war als Arzt in Kopenhagen geblieben; der zweite hatte in Jütland die Tochter eines reichen Mannes geheiratet und war in das Geschäft des Schwiegervaters eingetreten; Azel allein hatte die deutschen Schulen besucht. Er war einige Jahre nach der Union geboren worden. In seine Knabenjahre war eine schwere geschäftliche Krise gefallen. Die neu aufkommenden Dampfschiffe hatten der Werft die Arbeit entzogen und den Wohlstand des Hauses in sehr bedenklicher Weise erschüttert. Es war weniger als je angebracht, in einem Gegensatz zum offiziellen Regiment zu leben, und so wurde Azel deutsch erzogen. Nachdem er seiner Militärpflicht bei einem Kavallerie-Regiment genügt hatte, ging er als Leutnant der Reserve ab. Und damit war der nationale Uebergang der alten Familie endgültig vollzogen. Mit zwei unerheirateten Schwestern lebte Azel nun in ihrem alten Heim. Die Jugend der Schwestern war in die Jahre der schwersten Krise gefallen, und so hatten sie an ihrem Teile darunter leiden müssen und waren ledig geblieben. Ein Zug stiller Bitterkeit war seitdem ihrem Wesen beigemischt; sie lebten sehr zurückgezogen.

Es war für Azel keine Kleinigkeit gewesen, die Sorge für die Familie zu übernehmen; unter den Brüdern war ihm die schwerste Aufgabe zugefallen. Der Vater hatte sich zu retten versucht, indem er für englische Abnehmer kleine Fischergärten baute. Das Geschäft war auch bescheiden wert, es reichte aber weder zum Leben noch zum Sterben. Mehr als einmal hatte Azel seine Blicke nach dem Familiengarten hinübergeleitet, der mit saubern Kieswegen auf der andern Seite der Straße lag und im Sommer einen angenehmen Aufenthalt bot. Er hatte ihn zu gewerblichen Zwecken benutzen wollen, aber jedesmal war er wieder davon zurückgeschreckt. Sollte das alte ruhige Haus auf eine gewerbliche Anlage hinausbliden? Der Gedanke war ihm unerträglich; es war nicht anders, als hätte er die Waffen gestreckt

und wäre aus seiner besondern Stellung in die allgemeine Linie zurückgetreten. Den Schwestern gar hätte es das Herz gerissen.

In dem sehr zurückgezogenen Leben der Schwestern spielte der friedliche Garten eine große Rolle, und Azel hatte ihnen seine stillen Gedanken darum auch niemals verraten. Er versuchte bald dies, bald jenes; er versuchte alles, was zu den Traditionen der Familie nur stimmen mochte; aber Seide konnte er nirgends spinnen. Mehr als einmal hatte er den hoffnungslosen Kampf aufgeben wollen, um mit seinen Schwestern die Stadt zu verlassen. Einen festen Entschluß hatte er im Laufe der Zeit gefaßt: er wollte unter keinen Umständen sinken, lieber wollte er die Zelte abbrechen und in irgendein Geschäft nach England verschwinden. Der Garten sollte bleiben, er wollte seine eignen Leute nicht zu Nachbarn haben. Er entwickelte eine Energie und Umsicht, die man bewundern mußte; er hielt das Ansehen des Hauses nach außen völlig aufrecht, und seine kräftige Gestalt trug die Sorgen, ohne etwas von ihrer stolzen Haltung einzubüßen. Es wollte aber keine entscheidende Rettung kommen; die Jahre gingen grau und weß vorüber. Schließlich versuchte er es mit einer Dampfmaschine und einem großangelegten Holzhandel. Er hatte seinen Kredit bis zum äußersten angepannt, um die neuen Anlagen durchführen zu können, aber viel Hoffnung hatte er nicht. Die unerhörten Fehlschläge der letzten Jahre hatten seinen Optimismus gebrochen; er kämpfte, weil er kämpfen mußte; er wagte einen entscheidenden Schlag, weil er lieber im offenen Kriege fallen wollte, als langsam dem Mangel zum Raube zu werden. Er selbst war am meisten überrascht, als wirklich die Sache glückte. Das neue Unternehmen schlug ein, auf dem alten Arbeitsplatz, der so oft in toter Stille dagelegen hatte, summt es wieder wie in einem Bienenkorb, und die Banknoten fanden wieder den Weg in Azel Halvorsens Geldsack. Den Bau von Fischergärten bezieht er bei, um so mehr, als er ihn mit dem neuen Kapital rentabler gestalten konnte; das neue Unternehmen war aber die Blüte seiner Existenz. Im Laufe der nächsten Jahre wurde der alte Wohlstand wieder hergestellt, und Azels starke Energie, die nun von froher Hoffnung getragen wurde, schuf bald einen neuen Wohlstand, der heller glänzte, als es der alte je vermocht hatte. Der alte Garten wurde für ihn zu einem Heiligtum; er hatte ihn gerettet und seinem Hause die vornehme Lage erhalten.

Im Regen dieses Tages sah der Garten trüb aus. Wenn Azel aber auf seiner Zimmerwandlung innehielt und zum Fenster hinaus sah, sendete er ihm doch einen freundlichen und dankbaren Blick, mit dem man einen Kameraden begrüßt, den man in schweren Stunden nicht verlassen hat.

Das Arbeitszimmer lag nach der Straße hinaus, weil man hier das Rauschen und Surren von der Werft nicht hörte.

Es war groß, sehr groß, und der ganze Fußboden war mit einem dunkelblauen türkischen Teppich bedeckt. Die ganze Mitte des Zimmers blieb frei; rechts befand sich am Fenster ein mächtiger schwarz polierter Schreibtisch, vor dem ein lederbezogener Stuhl stand. Der Tisch stand so, daß das Licht von der linken Seite auf die Arbeit fiel. Im Hintergrund zur Linken stand ein ruhiges Ledersofa und davor ein runder Mahagonitisch. An der einen Wand hing eine große Weltkarte, auf der die Dampfschifftrouten eingezeichnet waren, und von der andern grüßte ein Arrangement von Kavalleriefädeln und Pistolen herüber, eine Erinnerung an Azels frohe Mandvertage. In der einen Ecke war ein Wandschrank angebracht, in dem französischer Kognak und echte Zigarren verlockend um die Gunst des Besuchers warben. Eine bequeme Chaiselongue, die ebenfalls mit einem blauen türkischen Teppich bedeckt war, lud unter dem Wandschrank zum Liegen ein. In der dunkelsten Ecke aber stand der massive eiserne Geldschrank, ein Gegenstand der Ehrfurcht für die Arbeiter und Angestellten, die das Zimmer betraten.

Azel ging auf und ab. Es war kalt und ungemütlich und das Wandern tat ihm wohl. Von der Zigarre lag ein feiner blauer Rauchstreifen durch das Zimmer und rief an dem kalten Tag eine angenehme Stimmung hervor. Azel war nicht nur ein angelegener Mann, was er schon durch seinen Reichtum gewesen wäre, er genoss auch viel persönlichen Respekt. In den Kreisen, in denen er verkehrte, wußte man, daß ihm die Sonne nicht immer geschienen hatte. Die Bürger im allgemeinen freuten sich über seine Energie und Unternehmungslust, die vielen Arbeit gab und Leben in das Städtchen brachte. In den unteren Schichten aber war er geradezu populär. Seine Arbeiter sprachen mit Stolz von ihm; denn er fühlte mit ihnen und von dem Glanze des alten Hauses fiel auch auf sie ein leichter Streifen. Er war ein guter Arbeitgeber. Alle Kauferlei ging ihm gegen den Strich, und so war er auch kein Knider, wenn er Lohn zahlen sollte. Die pure häßliche Armut war ihm in der tiefsten Seele zuwider. Er war ein Weltmann und so am liebsten frohe Gesichter und eine schmutzige, zufriedene Arbeiterklasse. Er hatte überdies einen großen Stamm von alten Arbeitern, die zum Teile schon unter seinem Vater gebient hatten, und Azel hatte zudiel Tradition im Leibe, als daß er das nicht hätte schätzen sollen. Viele von seinen Arbeitern hatten auch jahrelang auf allen Meeren die freie Geelust getrunken und waren Männer, die man eben als Männer und nicht als Schulbuben behandeln mußte. Alles Zugeknöpfe und Trodene lag ihm nicht. Er hatte im Verlehe einen sozialen Kommandanten, den seine Leute von der See her kannten und der ihnen angenehm war. Er war der Kapitän auf diesem Schiff, aber die Mannschaften wußten,



Duells von großem Nutzen sein. In diesen schweren Fällen werden nämlich die Gegner auf zwei bis drei Schritte entfernt, parallel Linien etwa 30 Schritte von einander aufgestellt und rücken auf diesen Linien gegen einander vor, indem sie beliebig stehen bleiben und schießen. Wer aber zuerst geschossen hat, muß dann ganz stehen bleiben und sich vom Gegner ruhig abziehen lassen.

Damit man nicht zu gut trifft, sind meist bei allen Duellen Korn und Wasser von den Pistolen entfernt, was dem Ganzen etwas den Charakter des Zufälligen gibt. Die leichteren Formen des Duells laufen fast alle darauf hinaus, dem Zufall eine noch größere Rolle zuzuweisen, da das Schießen meist in einer kurzen Zeit oder auf Zahlen oder Zeichen erfolgen muß, was aber einem nicht gewandten Schützen am ungünstigsten ist. Geübte und sichere Schützen bringen dagegen ihren Schuß mit viel leicht unfehlbar eingeübter Sicherheit ins Ziel. Man kann sich vorstellen, wo da die göttliche Weltordnung bleibt.

Das Ganze ist ein freventliches Spiel mit Ehre und Leben, was man schon aus den für den Zweikampf geltenden Regeln erkennen kann. Die Ehre wird an den Erfolg des Mörders geknüpft. Während nämlich vor dem Zweikampf beim Ehrenrat die auf Sittlichkeit beruhende wahre innere Ehre überhaupt nicht in Betracht kommt und der wirkliche Ehrenmann sich mit dem anerkannten Schurken auf jeden Fall schlagen muß, wird eine Verletzung der Zweikampffregeln, vielleicht ein zu frühes Losschießen, was oft ganz ohne Verschulden geschieht, fann, absichtliches In-die-Luft-Schießen usw. mit Satisfaktionsunfähigkeit bestraft und hat für den Betroffenen den gesellschaftlichen Tod zur Folge.

Das Ganze ist ein Wußt unsittlicher und barbarischer Anschauungen. Eine große Schießfertigkeit braucht mit Sittlichkeit und Wert des Menschen selbstverständlich nicht das geringste zu tun zu haben. Ein niedriger Mensch kann der beste Schütze sein und einen hochstehenden Gegner auf die gemeinste Weise zum Zweikampf zwingen, um ihn dann aus dem Wege zu räumen. Die Fälle dieser Art sind in den letzten Jahren nicht gar so selten gewesen.

Dem sittlichen Gehalt nach ist das Duell nicht verschieden von der Giftprobe afrikanischer Keger; die Wirkung des Giftes und damit der Sieg der göttlichen Weltordnung hängt dort von der Natur, dem Magen der beiden schwarzen Gegner, und von der Befestigung des giftbrauenden Medizinmannes ab, beim Zweikampf unserer Offiziere von Neugierlichkeiten, zum Beispiel Schießfertigkeit, die auch der Häcker haben kann. Von Ehre und Recht ist in beiden Fällen nicht die Rede. Diese Dinge, wenn sie doch noch nicht totzuschweigen sind, werden formell, wenn nicht gar durch Klügelweihen, geregelt.

Alle Voraussetzungen werden bestätigt durch eine den Reservoffizieren von Hannover noch in diesem Jahre zugegangene Abhandlung über die Pflichten der Offiziere bei Ehrenfänden, worin es heißt:

„Allgemein satisfaktionsunfähig sind nur die Personen, welche durch ehrengerichtlichen Spruch aus dem Offiziersstand entfernt oder durch richterlichen Spruch ihrer bürgerlichen Ehrenrechte verlustig gegangen sind, oder welche durch frühere notorische Verletzungen der Ehrenpflichten (Verletzung des Duells usw.) der allgemeinen Achtung verlustig gegangen sind.“

Also, wer nicht sich oder andere töten oder töten lassen will, der hat seine Ehrenpflichten verletzt. Einer solchen wahrnimmigen Weisheit muß der Kampf der wirklichen Ehrbegriffe gelten.

## Gewerkschaftsführer und Rittergutsbesitzer.

Unter allen Anzeichen tiefer Empörung drückt die bürgerliche Presse den Brief des Ortsleiters der Breslauer Metallarbeiter an einen Gastwirt ab, den die „Schlesische Ztg.“ ausgegraben hat. Der Gastwirt voranläßt nämlich seinen Sohn, als Streikbrecher in die Linke-Hofmann-Werke zu gehen, deren organisierte Arbeiter seit 20 Wochen ausgeperrt sind. Der Ortsleiter teilte diese Tatsache dem Gastwirt mit und knüpfte daran folgende Bemerkung:

„Wir ersuchen Sie, uns binnen 24 Stunden mitteilen zu wollen, ob Ihr Sohn die Arbeit sofort wieder einstellen will. Sollten wir bis Montag früh keine Antwort erhalten, dann müssen wir annehmen, daß Sie, sowie Ihr Sohn mit den organisierten Arbeitern nichts zu tun haben wollen.“

Achtungsvoll Philipp.“

Daran wird nun das läbliche Gemeiner geknüpft über den unerträglichen Terror der Sozialdemokraten und den hilflosen Staat, der die „ehelichen Arbeiter“ vor solcher dunkel angedeuteten Verurteilung nicht schützen kann.

Als Gegenstück dazu kann nun die „Vollwacht“ folgenden Brief eines konservativen Rittergutsbesizers im Kreise Hennebrandts an einen sozialdemokratischen Arbeiter in Breslau abdrucken:

„Rittergut Vollentschine Kreis Trebnitz.“

In den Arbeiter . . . . . in Breslau.

Es ist zu meinen Ohren gekommen, daß durch Sie in Vollentschine sozialdemokratische Kalender vertrieben werden. Im Interesse Ihrer alten Mutter und Ihres Bruders und im Andenken an Ihren verstorbenen ehrenwerten Vater durch treu und königlich gesinnt gewesenen Vater bitte ich Sie hiermit, keine Agitation weiter in unser Land zu tragen! Höre ich demnach wieder davon, so ist für die Familie . . . . hier unter meinen Leuten kein Platz mehr.

F. Hankohl, Rittergutsbesitzer.“

Der Brief ist zwar auch höflich, aber viel deutlicher als jener des Metallarbeiters. Bekanntlich ist die Verbreitung von Druckschriften ebenfalls ein staatlich zugelassenes Bürgerrecht. Weht es der Sozialdemokrat in seiner Heimat aus, dann wird seine betagte Mutter, die mit dem Vater jahrelang dem „gnädigen Herrn“ gedient hat, rücksichtslos auf die Straße geworfen! Und der Bruder fliegt hinterdrein!

Vielleicht greift die konservative Presse auch diesen trassen Fall von Terrorismus auf und verlangt vom Staat, daß er die Rechte seiner Bürger gegen solche konservativen Zwangsmassnahmen schützt.

## Soziales.

Das „Standhafte“ Reichsversicherungsamt und die Angestellten der Berufsgenossenschaften. Das in den Berufsgenossenschaften vereinigte Unternehmertum weiß seinen Willen und seine Auffassungen durchzusetzen — auch beim Reichsversicherungsamt. Die unfallverletzten Arbeiter bekommen das in seiner Rechtspredung zu spüren; aber auch die Angestellten der Berufsgenossenschaften machen diese wiederkehrenden Erfahrungen. Unter dem früheren Anhaltsgesetz waren diese Angestellten ganz und gar abhängig von dem guten oder schlechten Willen der Unternehmervertreter, die sich trotz des § 48 des G. U. B. G. auch vom Reichsversicherungsamt in die Angestelltenbedingungen nicht dreinreden ließen. Diese Behörde sah den Dingen mit verknäuelten Armen zu und entschuldigte ihre Tatenlosigkeit mit ungenügender Machtbefugnis. Daher die großen Hoffnungen auf die neuen Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung. Jetzt sind die Kompetenzen des Reichsversicherungsamtes als Aufsichtsbehörde erweitert. Es hat die auf Grund der R. V. O. neu zu erlassenden Dienstordnungen, vor deren Aufstellung die volljährigen Angestellten über ihre Wünsche vom Genossenschaftsvorstand zu hören sind, daraufhin zu prüfen, ob die Gehalts- und Anstellungsbedingungen angemessen geregelt sind. Wie man sieht, kommt letzten Endes alles auf die Auslegung des Begriffs „angemessen“ durch das Reichs-

versicherungsamt an. In den Reihen der Angestellten gab man sich guter Hoffnung hin und vertraute auf das Amt. Von den Berufsgenossenschaften war von vornherein nicht viel Gutes zu erwarten. Sie haben vielfach die alten Gehaltsätze, die durch die fortwährende Teuerung schon lange unzureichend waren, einfach in die neuen Dienstordnungen übernommen. Allenfalls wurde eine geringe Erhöhung des Gehalts vorgenommen, wovon die Mehrheit der Angestellten vorläufig nur den schönen Anblick geniesst. Das Anfangsgehalt aber blieb das alte. Auch die gesetzlich vorgeschriebene Anhebung der Angestellten über ihre Wünsche geschah in unzulänglicher Weise oder überhaupt nicht. Mehrfach wurde dem Antragstellern bedeutet, wenn sie mit dem Gebotenen nicht zufrieden wären, erhielten sie gar nichts. Ueber den Aufstieg im Gehalt hat nur eine Berufsgenossenschaft eine bindende Vorschrift erlassen; alle anderen beliehen es bei den schönen Worten: „Dienstalterszulagen können gewährt werden, wenn . . .“ oder ähnlichen Wendungen; eine Gewähr für ein Ausruhen in höhere Klassen wird nirgends zugesichert. Ebensovienig wurde die doch gewiß berechtigte Forderung, alle am gleichen Orte, aber in verschiedenen Genossenschaften Beschäftigten sollen nach einheitlichen und gleichen Gesichtspunkten bezahlt werden, beachtet und auch die sich auf die Pensions- und Hinterbliebenenfürsorge erstreckenden Wünsche wurden überhört. Und das Reichsversicherungsamt? Trät es für seine Schutzbefohlenen ein und drang auf Verbesserung oder verweigerte es seine Genehmigung? Mindestens nicht so, wie die Angestellten billigerweise es erwarten durften. Sämtliche bisher eingeführten Dienstordnungen, so buntschickig sie aussehen mochten und so widersprechend sie auch die Gehaltsfrage „geregelt“ hatten (Unterstützung von 1000 Mk. und mehr im Jahresgehalt bei gleicher Beschäftigung in benachbarten Berufsgenossenschaften gehören durchaus nicht zur Seltenheit), wurden trotz Einspruchs der Nichtbetroffenen genehmigt. Beschwerdebüchern wurde vom Amt eröffnet, daß keine Eingaben mehr angenommen würden, die nicht zuvor durch die Hände des Genossenschaftsvorstandes (gegen dessen Anordnungen sich doch die Beschwerde richter) gegangen und von ihm an das Amt weitergegeben seien! Zum Schluß die Krönung dieses Verhaltens! Nachdem die Angestellten Groß-Berlins in einigen Versammlungen diese Zustände besprochen und der Reichstagsabgeordnete Siebel im Reichstage die Faltung des Reichsversicherungsamtes angegriffen hatte, erging an die Berufsgenossenschaften eine Aufforderung des Staatssekretärs des Innern, wo es u. a. heißt: „Um dem Vorwurfe, daß die nach der Musterdienstordnung erlassenen neuen Dienstordnungen sachlich den Wünschen des Reichstags und der Angestellten zu wenig Rechnung tragen, wirksam entgegenzutreten zu können, ist festzustellen, in welchen Beziehungen die Angestellten der einzelnen Berufsgenossenschaften durch die schon genehmigte neue Dienstordnung, soweit dieser Erfolg nicht schon durch zwingende gesetzliche Vorschriften eintritt, gegen früher besser gestellt werden. . . .“ Es sieht danach fast so aus, als ob das Reichsversicherungsamt zum Sachwalter der Interessen der Berufsgenossenschaften und nicht der Angestellten bestimmt worden sei. Durch ein Urteil vom 2. März d. J. wird dieser Eindruck von der Standhaftigkeit des Reichsversicherungsamtes gegen die Bestrebungen der Angestellten noch besonders gefördert. Dieses sonderbare Urteil patentiert den Berufsgenossenschaften die pfiffige Idee, durch einen Vorstandsbeschluss auszusprechen, daß der vom Reichsversicherungsamt auf seine „Angemessenheit“ fürzuziehlich nachgeprüfte Besoldungsplan nur „für die auf Grund eines neuen Vertragsabchlusses in den Dienst der Berufsgenossenschaft tretenden Angestellten“ Geltung hat. So ist der Zweck des Gesetzes glänzlich vereitelt; dessen Zweck ist ja wohl, den vorhandenen Angestellten ebenfalls Schutz und Besserung ihrer Arbeitsverhältnisse zu bringen. Gut ab! — deshalb vor solcher Genialität der Unternehmer und der satomonischen Weisheit, die sich in dem Urteil schämtlich verbirgt. Köstlich in diesem Zusammenhang mutet die Rechtsenteignung an, das Reichsversicherungsamt habe den Besoldungsplan (einen Hauptteil der Anstellungsbedingungen!) überhaupt nicht zu genehmigen, wenn er in die Dienstordnung — nicht aufgenommen ist! Fürwahr, ist es da kein Wunder, wenn die enttäuschten Angestellten sich verraten und verkauft sehen. Hoffentlich rüttelt sie die bittere Erfahrung aus der Vertrauensduftelei wach. Sie müssen lernen, nur der eigenen Kraft zu vertrauen, die in einer strengen gewerkschaftlichen Organisation wurzelt.

daß der Kapitän auch ein Seemann ist und in ihnen den Seemann respektiert. Wenn eine Gruppe von Arbeitern sich vergeblich mit einem Balken abmüht, was es für Axel ein Fest, das Sackett hinzumerfen und im schimmernden Oberhemd und mit seinen weißen wohlgepflegten Händen anzupacken, und dann mußte der Bloß sich rügen, ob er wollte oder nicht. Einmal hatte Axel sprichwörtliche Körperkräfte und dann spannten die Arbeiter jeden Muskel, daß er zu springen drohte. Wenn der Bloß dann lag, ging ein nicht geringer Stolz durch ihre Reihen; Axel halborien war ein Hüne von einem Kerl, vor dem man den Hut ziehen mußte. Ein alter Zimmermann von seiner Werkst hand für Axel viel höher als irgendein preußischer Gerichtsbeamter. Das mühten die alten Zimmerleute und hatten ihren besonderen Stolz. Wenn eine Last vom Stapel lief oder wenn alljährlich der Tag gefeiert wurde, an dem die Werkst gegründet worden war, gab es Panisch und belegtes Butterbrot in Hülle und Fülle. Dann erschien auch Axel an der Tafel, ließ sich einige Seemannslieder vorzingen, die er gern hatte, unterhielt sich mit den ältern und ganz alten Leuten von vergangenen Zeiten und trank schließlich auf das Gedeihen der Werkst und auf gute Kameradschaft.

Er war nicht so zugeknöpft wie etwa die höhern Beamten in dem Städtchen; er war freier von ihrem Fleische und Blut von ihrem Hinte. Er war der einheimische Patriot, in dem sie den geborenen Führer sahen. Nur eine Reizung hatte Axel, die alle kannten und von der alle mit einem distrierten Schmunzeln sprachen: war in seinem Revier eine blanke Arbeitersfrau von besonders guter Raße, war Vorpost an Plage. Das Geld kann man ruhig liegen lassen, pflegten seine Leute zu sagen, das nimmt er nicht, aber die Frauenszimmer muß man, hal es der Satan, in den Keller sperren. Meist entfernte aber, daß ihm das geknackte hätte, machte es ihn noch mehr populär. Die Arbeiter sahen darin nur ein Attribut seiner kräftigen Mannlichkeit und freuten sich, daß auch er in dem Punkte gern fündig, für den sie selber eine nicht geringe Schwäche hatten. Dafür wühten sie, daß er nicht gleich den Hamor verlor, wenn einmal einer von ihnen in irgendeine Affäre hineingeraten war. Hatte einmal einer einen so heiligen Rauch erwischt, daß er am andern Tag ein gegen Mittag zur Arbeit kam, war Axel selber Sündenbrot gewiss, an den Sünden zu begreifen. Er erschien denn persönlich auf der Werkst, nannte den Unglückseligen einen verfluchten alten Schwanzhund, den man nach seinem Tod in Spiritus kochen sollte; der Betroffene fraute sich verlegen hinter dem Ohre, die andern wußten vor stiller innerer Freude geradezu unkontrolliert, und die Sache war erledigt. Je länger er aber dergleichen konnte Axel nicht; es wäre ihm nicht anders gegangen, als wenn er der Mann hätte erlangen sollen. Es gab kein System von Strafbestimmungen und kein ständliches Ruffeher, ein freier und kräftiger Mensch

ging durch das ganze Unternehmen — ein Hauch von Axels freiem und kräftigem Wesen.

Axel hatte manches Liebesabenteuer bestanden; darin hatten seine Arbeiter recht. Wie er so auf und ab ging, mußte er an die junge rotblonde Frau Doktor denken, die an einem Nachmittag dort auf dem Lederstoa gesessen hatte und ihn unter Tränen um seinen Schutz gebeten hatte; nicht um ihrer verfolgten Unschuld willen, sondern weil ihre gemeinsame Schuld über sie gekommen war. Es war eine heikle Affäre gewesen, weil sie in den Kreisen spielte, in denen Axel zu verfechten pflegte; aber schließlich war alles gut abgelaufen. Die schöne blonde Dame hatte im Süden Deutschlands eine gute Stellung als Repräsentantin gefunden, der Doktor hatte die Stadt verlassen und blieb mit seinen botanischen Sammlungen verheiratet, mit denen er immer neherträtet gewesen war; es war nichts von Bedeutung bei der Sache herausgekommen. Der Augenwechsel mit dem mehr als kurzfristigen Doktor, den schließlich die Höflichkeit nötig gemacht hatte, war für weniger als nichts zu rechnen. Es war alles forrest und ohne weitere Folgen erledigt, Gott sei Dank — Axel seufzte noch in der Erinnerung erleichtert auf. Wie er so am Fenster stand und in den regnerischen Garten hinüberblickte, jann er eine Weile der blonden Schönheit nach. Dann rih er sich plötzlich los: es gingen ihm andere Dinge durch den Kopf, geschäftliche Dinge, die ihm durchaus nicht angehen waren. In dem Städtchen war lange der Plan erwogen worden, die idylische Lage in Kapital umzuwandeln, indem man den Ort planmäßig in einen Badeort umwandelte. Auch Axel hatte gelegentlich mit dem Gedanken gespielt; er war aber nie über einen Umstand hinweggekommen.

Axel wollte sein freies, schönes Sommerleben nicht vernichten, um einen Strom von Krassi und Pleist in dieses kleine Paradies hineinzuleiten. Nun aber hatte er unter derhand die Nachricht erhalten, daß sich in Hamburg ein Konfession gebildet hatte, um den Plan endgültig in Angriff zu nehmen. Sollte es nun doch geschehen, wäre es selbstverständlich besser gewesen, wenn es von ihm ausgegangen wäre. Er brauchte keine fremde Energie und Unternehmungskraft im Städtchen; er empfand es als eine persönliche Niederlage, daß sich die fremden Hamburger der Sache annehmen mußten. Nun aber war es der Fall, mit dem Kapital der Herren war nicht zu spaßen und dreizuzahlen hatte er nichts. Es konnte sich nur darum handeln, ihnen wenigstens einen Teil des Raubes aus den Zähnen zu reißen, und eben damit war Axel in seinen Gedanken beschäftigt. Die Lage des neuen Hotels war ihm bekannt; sie war überdies selbstverständlich und war auch von den einheimischen Interessenten schon immer ins Auge gefaßt worden. Er mußte nun zunächst erfahren, welchen Bankern die Gelder gehörten, die hier in Frage kamen. Es war durchaus nicht notwendig, daß die Ham-

burger den Bauern das Land für ein Butterbrot abnahmen; wenigstens in diesem Punkte hoffte er sie schwächen lassen zu können. Natürlich mußten die Nachrichten unter derhand gewonnen werden; wenn die Bauern erst Witterung hatten, war auch für ihn nichts mehr zu erreichen. Wie sehr er sich aber auch mühte, den ganzen Plan zu Ende zu denken, er kam nie über die ersten Stadien hinaus. Die Gedanken an die rotblonde Frau Doktor war er zwar losgeworden, dafür aber sah er immer wieder die Gestalt Dagmars vor sich stehen. Er sah sie, wie er sie auf „Waldeslust“ zum erstenmal gesehen hatte, mit entblößten Armen, und er fühlte ihre Nähe. Eine trübende Unruhe bestel ihn, als mühte er sie sofort aufsuchen und einige Worte mit ihr wechseln. Dagmar aber war nicht mehr auf „Waldeslust“, mit dem glänzenden Ballfest war ihre Tätigkeit beschäftigt worden; sie wollte wieder bei ihrer Mutter und war für Axel unerreichbar. Er verstand das Mädchen nicht; er verstand sie ganz und gar nicht. Als sie ihm an der Gartenpforte die vertrauliche Mitteilung von Lorenz Asmusen gemacht hatte, glaubte er das Spiel bereits gewonnen. In aller Berühmtheit und unbemerkt hatte er bei der nächsten Begegnung intime Töne angeblasen. Dagmar aber sah dabei nichts zu empfinden; sie war unbeeinträchtigt und heiter, wie sie den andern gegenüber auch war. War sie wirklich so ahnungslos? Hatte sie ihm gegenüber nur gerebet, weil er Axel halborien war? Immer wieder hatte er diese Frage durchdacht; aber er war nie zu einem Resultat gekommen. Er glaubte an ihre Tugend und Unschuld nicht. Unmöglich konnte ihn sein Blick in so hohem Maße täuschen. Er hatte sich nach Kiel gewendet, um bei geschäftlichen Bekannten nach ihr zu fragen. Aber die Antwort war dieselbe gewesen, die im ganzen Städtchen kursierte. Sie hatte sich tadellos geföhrt und war völlig unangreifbar gewesen. War die Sicherheit ihres Wesens wirklich nur das Selbstbewußtsein des jungen schönen Weibes? War es eine Art von freiem Berechnen, das ihr durch Mutter und Schwesler angeflagen war, ohne daß sie etwas davon wußte? Denn galten alle Erfahrungen nichts mehr, dann wollte Axel als Weltmann die Waffen strecken und sie neben dem Provisor von der Engalapothek auf die Schulbank setzen. Wenn sie aber zu dem Top gehörte, zu dem sie ihrem ganzen Wesen nach gehören mußte, warum hatte sie dann bei Lorenz Asmusen Stellung genommen? Im ersten Augenblick hatte ihn ihr Vertrauen beraubt; er war froh geworden, ohne sich den Sachverhalt näher zu überlegen. Schloß aber nicht Lorenz Asmusen jede Zukunftshoffnung aus? Er wollte über die Reinheit seines Hauses wie über einen alten Familienmilienstag. Er würde nicht das leiseste dulden, was gegen seine bürgerlichen Begriffe verstieß; sie hätte ebensogut in ein Kloster gehen können wie zu Lorenz Asmusen. (Fortsetzung folgt.)



Die deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten veranstaltet ihre diesjährige Jahresversammlung vom 19. bis 21. Juni in Leipzig. Die Verhandlungen werden eingeleitet durch einen großen öffentlichen Vortrag über den Einfluß der Geschlechtskrankheiten auf die Gesundheit und Fruchtbarkeit der Frau. Referent ist der bekannte Gynäkologe Professor Dr. Gleich-Frankfurt a. M. Das Thema der eigentlichen Verhandlungen betrifft die Behandlung der jugendlichen Prostituierten. Als Referenten sind gewonnen: der Jugendstaatsanwalt Herr Landesgerichtsrat Kupprecht-München, Herr Polizeiarzt Dr. Wendig-Stuttgart, ferner wird die Polizeipflegerin Fräulein Stemmler-München über ihre Tätigkeit berichten und Frau Graziella-Schneidhuber, Berlin, wird die private Fürsorgetätigkeit mit spezieller Berücksichtigung des Mädchenzuhause in Berlin berichten. Anmelbungen zur Teilnahme und zur Diskussion werden in der Geschäftsstelle Berlin W., Wilhelmstraße 48, entgegengenommen. Von dort können auch nähere Programme mit den Vorträgen zu den Referaten bezogen werden.

Die Geschäfte der Wassermannschen Konkurrenz. Unter der Führung Wassermanns haben sich bekanntlich die deutschen Margarinefabrikanten entschlossen, die Konkurrenz aus dem Lande zu treiben. Der Gedanke ist so großzügig wie er neu ist. Viel wichtiger erscheint uns, daß die Wassermannsche Konkurrenz jetzt öffentlich erklärt hat, daß sie noch im Vorjahre alle Mühe gehabt habe, sich gegen die Absichten der deutschen Margarinefabrikanten, die Preise zu erhöhen, zu wehren. Trotz der Konkurrenz sind überdies die Gewinne der deutschen Margarinegesellschaften nicht allzu schlecht. Die englisch-holländische Konkurrenz verdient auch ganz gut, z. B. das Geschäftsergebnis der Van den Berghschen Unternehmungen für 1913 ist wieder eine Dividende von 25 Prozent! Wassermann hat in den letzten Monaten in einer auffälligen Art, die sehr energische Zurückweisung notwendig macht, Politik und Geschäfte untereinander gemengt. Es sei nur daran erinnert, daß er, als im Reichstag die merkwürdigen Geschäftsfälle der Firma Siemens-Schuckert mit dem japanischen Kriegsministerium besprochen wurden, eine offizielle Ablehnungserklärung der angegriffenen Firma vorlas. Das war nicht etwa die Objektivität des Politikers, der dem nicht anwesenden Angegriffenen zur Verteidigung verhilft, sondern die Wahrnehmung von Interessengeschäften. Wassermann ist nämlich in einer der größten Tochtergesellschaften des Siemens-Schuckert-Konzerns, der Rheinischen Schuckertgesellschaft für elektrische Industrie, Vorstandsmitglied. Er sitzt also in den wichtigsten Geschäftsbeziehungen zu dem Konzern, den er im Reichstag mit seinem politischen Namen gepöbelt hat. Man sieht, wie leicht die nationalliberale Politik mit Elektrizität und Margarine vermischt werden kann.

### Aus der Partei.

Der Kampf gegen die Arbeiterjugend und Zeugniszwang gegen die Presse. Mit den kleinsten Mitteln der Polizeifunktion bekämpft man bekanntlich in Preußen die Arbeiterjugendbewegung. So sollte im September vorigen Jahres in Ohligs bei Solingen eine Versammlung der Arbeiterjugend stattfinden, zu der der Genosse Brauer-Solingen als Referent vorgesehen war. In unserem Solinger Parteiorgan, der „Bergischen Arbeiterstimme“, war zum Besuch dieser Versammlung aufgefordert worden. Aus diesem Grunde sah die Polizei die Veranstaltung als eine öffentliche politische Versammlung an; zugleich betrachtete man den Genossen Brauer als den Veranstalter. Die Versammlung wurde überwacht und Brauer wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz angeklagt. Er wurde zu 10 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er den zur Bewachung entsandten Beamten keinen angemessenen Platz zur Verfügung gestellt hatte. Von der Anklage, eine politische Versammlung für Jugendliche veranstaltet zu haben, wurde er freigesprochen. Die vom Staatsanwalt eingelegte Berufung wurde verworfen. Gelegentlich der erneuten Verhandlung nahm das Gericht den Gen. Christmann-Solingen in 10 Mark Geldstrafe, weil er darüber die Aussage verweigerte, ob Brauer der Verfasser einer auf die Versammlung hinweisenden Notiz in der „Bergischen Arbeiterstimme“ sei.

Brechprozeß. Weil die „Freie Presse“ in Elberfeld in dem unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelten Militärbedürfnisprozeß wegen der vom niederrheinischen Agitationskomitee herausgegebenen Broschüre: „Wer will unter die Soldaten?“ von Peter Winnig etwas aus der Anklageschrift abgedruckt hatte, wurde der Redakteur, Gen. Kiebuhr von der Elberfelder Strafkammer zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt.

Ein eigenes Heim wird in kurzer Zeit die organisierte Arbeiterchaft Duisburgs besitzen. Sie hat ein im Mittelpunkte der Stadt an der Hauptverkehrs- und Geschäftsstraße gelegenes Grundstück mit Gebäulichkeiten von der Bürgergesellschaft Kasino zum Preise von 355 000 Mark erworben. Die Uebernahme und der Geschäftsbetrieb durch die Gewerkschaften erfolgt nach Fertigstellung der notwendigen Umbauten Anfang Oktober d. Js. Die Lokalkalamität machte diesen Schritt notwendig.

Aus den Organisationen. Dem Jahresbericht des 8. und 10. schleswig-holsteinischen Reichstagswahlkreises, die beide ein gemeinsames Sekretariat haben, entnehmen wir folgendes: Die Mitgliederzahl hat sich im 8. Kreise um 890, im 10. Kreise um 131 vermehrt. Die ländlichen Vereine der beiden Kreise haben zum Teil eine recht günstige Entwicklung genommen. Die Einnahmen in beiden Kreisen betragen 51 040,68 Mark, die Ausgaben 38 863,72 Mark, so daß ein Bestand von 12 176,96 Mark verbleibt. Die Wahlkreisorganisation Duisburg-Wülheim-Derhausen umfaßte am 31. März 1914 insgesamt 5230 Mitglieder, und zwar 4202 männliche und 1048 weibliche. Gegen das Vorjahr ist eine Zunahme von 685 Mitgliedern (422 männliche und 263 weibliche) zu verzeichnen. Die Situation der Mitglieder ist noch außerordentlich stark, denn es sind im Berichtsjahre 1810 Mitglieder abgereist. Neu aufgenommen wurden insgesamt 2252 Mitglieder. In der roten Woche wurden 1400 Abonnenten der Parteipresse gewonnen. Diese Fortschritte sind zu verzeichnen, trotzdem Polizei und Ordnungsbret geschlossen gegen die Sozialdemokratie unter mehr oder weniger scharfem Terror vorgehen. Die Bildungs- und Jugendausschüsse entfalteten eine rege Tätigkeit. Die Einnahmen betragen 32 273 Mark, die Ausgaben 29 659 Mark.

Agitationsreise Franks nach den Vereinigten Staaten. Der „Reichstagsabgeordnete Dr. Frank (Mannheim)“ wird, wie die „Mannheimer Volksstimme“ mitteilt, einer Einladung der deutschen Sektion der sozialistischen Partei der Vereinigten Staaten folgend, von August bis November eine Agitationsreise durch die wichtigsten Städte der Vereinigten Staaten unternehmen.

### Gewerkschaftsbewegung.

Zum Brauereiarbeiterstreik in Kassel. Wie wir bereits vor einigen Tagen meldeten, wurden nichtorganisierte Brauer für Kassel gesucht. Die Arbeitsmittler-Vermittlerfirma Lindenberg aus Wandsbek war beauftragt, Streikbrecher heranzuschaffen. Zwei Agenten dieser Firma hatten

sich denn auch im Hinterzimmer einer Berliner Restauration in der Linienstraße 112 häuslich eingerichtet, um Arbeitswillige kontraktlich für Kassel zu verpflichten. Das Ergebnis dieser Bemühungen war ein recht wenig befriedigendes. Acht Brauer verpflichteten sich für Kassel und sollten Mittwochabend 11½ Uhr nach dort expediert werden. Beauftragter der Berliner Verwaltung gelang es jedoch noch auf dem Anhalter Bahnhof fünf von den Angeworbenen zu bestimmen, in Berlin zu bleiben. So mußte denn der Agent Holz mit nur drei Arbeitswilligen die Fahrt antreten. Das Gesicht dieses Herrn wurde immer länger, als er sah, wie die Fahrt teilzunehmen. Und seine Auftraggeber werden nicht weniger erkaunt gewesen sein, als er mit drei statt der telegraphisch aufierten 10 Mann in Kassel erschien. Die Kasseler Brauereiarbeiter wollen sich übrigens die Herbeischaffung von Arbeitswilligen etwas kosten lassen; 6 Mark Lohn wollen sie täglich zahlen und dazu freie Kost und Logis gewähren, und wenn der Streik durch die kämpfenden Arbeiter gewonnen werden sollte und die Rausreißer sofort das Feld räumen müßten, sollen sie noch eine Lohnentschädigung für 10 Tage erhalten.

Gewerkschaften und Arbeitslosenversicherung. Die Forderung der Arbeiter und ihrer Organisationen, eine staatliche oder kommunale Arbeitslosenversicherung einzuführen, ist in letzter Zeit von Scharfmachern und ihrem Anhang oft mit dem Hinweis begegnet worden, daß die Gewerkschaften Mittel genug zur Verfügung hätten, um auf dem Wege der gewerkschaftlichen Selbsthilfe eine ausreichende Unterstützung ihrer Mitglieder durchführen zu können. Diesen durch Oberflächlichkeit und Denkschwäche sich auszeichnenden weisen Rat endlich in eine mathematische Form gebracht zu haben, ist ein Verdienst eines Dr. Zahnbrücker, der in einer soeben erschienenen Schrift: „Arbeitslosenversicherung und Arbeitgeber“ folgendes Rechenexempel aufmacht: „Ueber 736 000 Gewerkschaftler zahlten 1913 einen Wochenbeitrag von über 60 Pfg., das bedeutet ungefähr 30 % der Mitglieder der freien Gewerkschaften; dazu kommen noch die Jahresbeiträge für besondere lokale Zwecke, allein über 93 000 Mitglieder zahlten an Jahresbeiträgen für lokale Zwecke je 10,40 Mk., über beinahe 30 000 Mitglieder zahlten für besondere lokale Zwecke über 33,06 Mk. Wenn ein eben ausgeleiteter Lehrling mit dem 18. Lebensjahr der Gewerkschaft beiträgt, dann ergibt sich für ihn ungefähr, soweit z. B. die Gewerkschaften der graphischen Industrie in Frage kommen, unter Anrechnung von Zinsszinsen, daß derselbe bis zu seinem 60. Lebensjahr über 5000 Mark in eine Gewerkschaft einbezahlt. 1912 hatten die freien Gewerkschaften über 80,2 Millionen Mark an Einnahmen zu verzeichnen, also gegenüber dem Jahre 1911 über 10 Millionen Mark mehr. Die Vermögensbestände erhöhten sich vom Jahre 1911 bis 1912 von 62,1 Millionen Mark auf annähernd 80,8 Millionen Mark. Für Streikunterstützungen und Kosten von Lohnbewegungen gaben die freien Gewerkschaften von 1891 bis 1912 121,4 Millionen Mark aus, wozu die Maßregelungsunterstützung mit 9,4 Millionen Mark zu rechnen ist, also insgesamt 130,8 Millionen Mark ausgegeben. Für die Arbeitslosenunterstützung bezahlten sie für die gleiche Zeit von 1891 bis 1912 jedoch bloß 54,3 Millionen Mark, und für die Reiseunterstützung, die eine verkappte Streikunterstützung ist, etwa 13,6 Millionen Mark. Diese mühselige Entscheidung des Herrn Doktor ist nicht einmal eine nette rechnerische Spielerei zu nennen, denn sie ist in der Tendenz völlig absurd. Selbst der verblödeste Gegner der Gewerkschaften wird ihnen nicht die alleinige Aufgabe zusprechen wollen, als Arbeitslosenunterstützungen gelten zu müssen. Die Gewerkschaften haben mit der Arbeitslosenunterstützung schon eine Pflicht übernommen, die dem Staat und den kommunalen Wirtschaftspolitik zu sorgen, nicht die Arbeiter selbst, die alle mehr oder minder darunter leiden. Warum sollen die Gewerkschaften übrigens nur für die Arbeitslosen zu sorgen haben? In Fortsetzung der Idee des Dr. Zahnbrücker könnten sie doch gleich den Kommunen ihre gesamten Armentafeln abnehmen! Dann würden die Gewerkschaften wohl auch im Rechtsstaate geduldet und nicht als politische Vereine erklärt?

Nationalliberale Hege gegen die Gewerkschaften. In der jüngsten Nummer der „Nationalliberalen Korrespondenz“ für die Rheinprovinz wird die politische Erklärung der Gewerkschaften unter heftigen Ausfällen gegen den alten Bergarbeiterverband durchaus gebilligt. Die Behörden hätten mit ihren Maßregeln völlig recht; es sei eine große Kühnheit, den politischen Charakter der freien Gewerkschaften zu leugnen:

„Die leitenden Männer sind alle in der Rolle gefärbte Sozialdemokraten und speziell im alten Bergarbeiterverbande gibt es auf der ganzen Linie vom Generalsekretär Hermann Sacke bis zum letzten Zehntelverwalter keinen einzigen, der nicht zugleich Funktionen in der sozialdemokratischen Parteioorganisation hat. Daß die etwa 2½ Millionen Mitglieder der freien Gewerkschaften nicht alle zahlende Mitglieder der sozialdemokratischen Partei sind, beweist nichts gegen die Tatsache, daß bei jeder Gelegenheit für die Partei zur politischen Machterweiterung der große Verbandsapparat, sowie die Verbandspresse zur politischen Agitationswaffe greift und kämpfend gegen die bürgerlichen Parteien unter die Mitglieder geht. Kann man unter solchen Umständen noch von unpolitischen Gewerkschaften sprechen?“

Es ist charakteristisch für die Entwicklung innerhalb der nationalliberalen Partei, daß ein Organ, das sich bisher stets gegen die Richtung Fuhrmann und Beumer wandte, nun auch schon in den Ton überlauer Scharfmacherei verfällt.

Streik der Budapester Apothekergehilfen. In Budapest sind die Apothekergehilfen in den Ausstand getreten. Das Streikkomitee hat den Zugang aus der Provinz abgeschnitten; jedoch haben die Streikenden in jedem Stadtbezirk eine Apotheke freigegeben. Ihre Hauptforderungen sind Gehaltsregelung und Einführung des Achtuhrladenschlusses. Der Minister des Innern hat erklärt, daß er bei der Apothekerkammer für eine Schlichtung der Zwistigkeiten eintreten werde, falls die Apothekergehilfen den Streik beendigten.

### Aus dem Gerichtssaal.

Brechprozeß. Genosse Rauch, der Verantwortliche unseres Jittauer Parteiblattes, wurde wegen angeblicher Beleidigung des christlichen Gewerkschaftssekretärs Sparenberg in Dresden zu 150 Mk. Geldstrafe verurteilt. Die „Volkszeitung“ in Jittau hatte den christlichen Gewerkschaften den Vorwurf gemacht, sie hätten bei den Krankenkassenwahlen in Kirchau mit den Unternehmern gearbeitet. Sparenberg leitete daraus für sich den Vorwurf der Beschäftigung her und hatte Strafantrag gestellt.

Ein großer Schmiergelder-Prozeß beginnt am heutigen Montag vor der Kölner Strafkammer, den der Verein gegen das Bestechungswesen angestrengt hat. Die Anklage richtet sich gegen zwei bereits entlassene Direktoren einer Werkzeugmaschinenfabrik in Köln, gegen zwei Prokuristen und den Ingenieur einer Waggonfabrik in Köln. Die beiden Hauptangeklagten sollen in zehn Jahren, von 1902 bis 1911, für

etwa 104 000 Mk. Schmiergelder an Angestellte von Abnehmern der Werkzeugmaschinenfabrik gezahlt haben. 18 Zeugen und Sachverständige sind geladen.

Freispruch im Lemberger Antisemitismusprozeß. Nach einer Verhandlungsdauer von zwei Monaten wurde am Sonnabend in dem Prozeß gegen die wegen Hochverrats angeklagten Ruthenen das Urteil gefällt. Von 21 Schuldfragen auf Hochverrat, Spionage, Störung der öffentlichen Ruhe und Aufreizung verneinten die Geschworenen 20 Fragen einstimmig, die Frage bezüglich des Angeklagten Sandowicz wegen Beleidigung der katholischen Kirche mit zehn gegen zwei Stimmen. Der Gerichtshof sprach unter höchstem Beifall der anwesenden Ruthenen die Angeklagten frei. Der Staatsanwalt meldete sofort Nichtigkeitsbeschwerde an und beantragte die Inhaftnahme der Angeklagten, welchem Antrage wegen Fluchtverdachts stattgegeben wurde. Die Freisprechung kam nicht unverhofft.

Woran erkennt man den politischen Charakter einer Versammlung? Die Beantwortung dieser Frage bereitet manchem Politisten offensichtlich große Schwierigkeiten, wenn es gilt, vor Gericht die von ihm veranlaßten Anklagen zu stützen. Sehr einfach machte sich die Sache auch der Polizeiwachtmeister Klein in Delitzsch, der eine öffentliche aber völlig unpolitische Tabakarbeiterversammlung überwachte. Trotz des Protestes des Versammlungsleiters blieb der Beamte da, und gewann natürlich auch den Eindruck, daß Politik getrieben wurde. Ein Strafmandat über 20 Mark war die Folge. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht Delitzsch konnte der Hüter des Gesetzes nur kurze Stichfäge und aus dem Zusammenhange gerissene Worte, mit denen das Gericht absolut nichts anfangen konnte, als „Beweismaterial“ vorbringen. Auf die Frage, woran er den politischen Charakter der Versammlung erkannt habe, erklärte der Polizeist, er habe Wörter gehört, die schon in sozialdemokratischen Versammlungen gesprochen worden seien. Der Angeklagte wurde daraufhin freigesprochen.

### Aus Nah und Fern.

Die neueste Sonderausstellung der Bugra — eine Telefunkenstation. Um sich mit der modernsten Art der Nachrichtenübermittlung, der drahtlosen Telegraphie, bekanntzumachen, hat die Ausstellungsleitung auf dem Gelände eine Telefunkenstation errichten lassen. Die Station, die von der Gesellschaft für drahtlose Telegraphie, Berlin, angelegt worden ist, befindet sich in einem eigenen Pavillon vor dem Gebäude der Lagespresse. Durch eine Dynamomaschine wird ein Wechselstrom von 220 Volt Spannung erzeugt, der durch einen Transformator auf 10 000 Volt erhöht wird. Der Strom wird dann in eine Antenne geleitet, die zwischen dem Maschinenhaus-Schornstein und dem Turm des Papierindustriegebäudes angebracht ist, und breitet sich von hier in Wellen von 725 Meter Länge im Luftraum aus. Mit Hilfe eines besonderen Apparates können diese Wellen je nach Bedarf verlängert oder verkürzt werden. Als Verständigungsmittel benutzt man, wie beim Telegraphieren, das Morsealphabet. Der Empfangsapparat, der die von auswärts gegebenen Zeichen empfängt, schreibt das Gespräch jedoch nicht wie der Telegraph auf einen Papierstreifen nieder, sondern der Beamte nimmt die Zeichen mit einem Telephonhörer auf. Die Telefunkenstation dient lediglich zur Vorführung der Radiotelegraphie und darf zu diesem Zwecke mit dem Telegraphenbataillon in Dresden verkehren. Es werden von dort täglich die neuesten Telegramme übermittelt. Die Vorführung der Radiotelegraphie, die sonst nur von der Militärverwaltung und als Verbindung zwischen den Küstenstationen und den auf See befindlichen Schiffen benutzt wird, darf sicher auf großes Interesse bei den Besuchern der Bugra rechnen. Der Pavillon ist ständig für das Publikum geöffnet, und der Beamte, der die Station bedient, wird auf Wunsch die nötigen Erklärungen über die Anlage, die Apparate und den ganzen Vorgang beim Senden und Empfangen geben.

Ent dreffiert. Unserem Münchener Parteiorgan wird geschrieben: Am Donnerstag nachmittag sah ich in der Dachauer Straße einen Soldaten mit einem Paket stehen, der sich die Anklage eines Ladens befah. Da tritt ein Herr in Zivil aus einem andern Laden und pffif, wie man einem Hunde pfeift. Der Soldat fuhr zusammen und folgte in respektvoller Entfernung seinem Herrn in Zivil. Der Herr trat dann in ein Automatenrestaurant und verzehrte ein Brötchen. Der Soldat blieb wieder — in strömendem Regen — vor dem Restaurant stehen und mußte etwa 10 Minuten warten. Gestärkt verließ der Herr das Restaurant und schlug den Weg zu Zieg ein: der Soldat gehorham hinterher. Der Bediente, er gehörte dem 21. Infanterieregiment an, war also wahrscheinlich hierher kommandiert, war offenbar gut dreffiert. Er gehörte dem Wiff seines Herrn. Ist eine solche Behandlung keine Beleidigung des königlichen Rockes?

Behördlicher Boykott. Der Amtmann von Düren im Kreise Minden hat für die Gemeinde Haverstadt folgenden Auflag erlassen:

Düren, 27. 3. 14.  
Am in Zukunft in der Gemeinde Haverstadt unter den Wirten keine Reibereien wegen der Abhaltung des alljährlichen Kranzreitens und Schützenfestes zu haben, setzte ich hierdurch die Reihenfolge für die Feier wie folgt fest: 1914 Wirt Robbe, 1915 Wirt Sander, 1916 Wirt Bölling, 1917 Wirt Steinbrink und so weiter.  
Selbstverständlich scheiden diejenigen Wirte aus, in deren Lokalen sozialdemokratische Vereinigungen tagen, da ein althergebrachtes nationales Volksfest nicht in derartigen Lokalen gefeiert werden kann, da sonst Reibereien unausbleiblich sein würden. Ich behalte mir daher vor, in Einzelfällen von der oben aufgestellten Reihenfolge nach meinem Ermessen abzuweichen, wie überhaupt keinem Wirt ein rechtlicher Anspruch auf Uebertragung der Feier zusteht. J. R. Der Beigeordnete, Lübtling.

Natürlich wird sich kein Staatsanwalt finden, der diesen Terrorismus vor sein Forum zieht, und auch die Presse, die nicht genug über den Terrorismus der Sozialdemokratie zeteren kann, wird das Verfahren ganz in der Ordnung finden. Die Arbeiter lernen daraus, wie verkehrt jede Rücksichtnahme ist; hier hilft nur die Taktik: Auf einen Schelmen anderthalb!

Der Gebärzweig — grober Unfug. Durch Anschlagen eines Plakates mit folgendem Inhalt:

„Der Kampf gegen den staatlichen Gebärzwang! Ueber dieses Thema spricht am 23. April Frau Louise Zieg.“  
ist in Breslau das Strafgesetz verlegt worden. Die Erwähnung des Wortes „Gebärzwang“ stellt nach Ansicht des Amtsgerichts einen so „groben Unfug“ dar, daß er nur mit hundert Mark Geldstrafe geahndet werden kann. Wenigstens ist dem Parteisekretär Müller ein Strafgebot in dieser Höhe wegen des Plakates zugegangen. Urheber des Verfahrens scheinen zwei fromme alte Herren zu sein, ein Ober-Regierungsrat und ein Hospitalär, die im Strafgebot als Zeugen angegeben sind. Die höheren Instanzen werden diesen „groben Unfug“ nachzuprüfen haben.



**Familiendramatik in Dresden.** Eine Familiendramatik hat sich Sonnabend in Dresden abgespielt. Dort wurden die Inhaber eines Anfrichtsartenladens Jenny Weige, und ihre beiden 16 und 17 Jahre alten Töchter infolge von Leuchtgasvergiftung bewußtlos in ihrer Wohnung aufgefunden. Durch das Heulen des Hundes der Frau Weige in der Wohnung waren Hausbewohner aufmerksam geworden und stießen die Tür offnen. Man fand den Gashahn geöffnet vor und der Gashahn war abgerissen. Bei den Töchtern überlebten die Wiederbelebungsversuche erfolglos, die Mutter konnte nach längerer Zeit ins Bewußtsein zurückgerufen werden; sie liegt schwer krank im Krankenhaus.

**In grauenhafter Weise verunglückte Freitag** nachmittag im Bahnhof zu Schwebgingen die 54 Jahre alte Frau des Landwirts Peter Verisch aus Keilingen. Die Frau, die von der Augenlinie Heidelberg kam und auf einen Zug wartete, ging mit halb verbundenen Augen den Bahnsteig entlang und geriet dabei auf das Geleise, wo der von Karlsruhe kommende Schnellzug eintraf, die Frau erfaßte und auf der Stelle tötete.

**Schnee im Juni.** Ein neuerlicher durch Gewitter veranlaßter Temperatursturz brachte im bayerischen Allgäu wiederum Schnee. Selbst die Vorberge stehen im Schnee. Das Prinz-Luitpold-Haus im Hochvogel ist von einem fünf Meter hohen Schneefall umgeben. Sonnabend vormittag trat in der Nähe Reimptens bei 4 Grad Celsius über Null Schneefall ein. In den Bergen blieb der Neuschnee bis 100 Meter tief liegen.

**Opfer der Automobilraerei.** Als Freitag nachmittag zwei Rennwagen einer Pariser Automobilfabrik mit etwa 80 Kilometer Geschwindigkeit die Staatsstraße Lützingen-Mollenburg passierten, geriet der zweite Wagen bei einer scharfen Kurve von der Straße ab in den Graben, über den Schlag und wurde vollständig zertrümmert. Der Lenker wurde zu Tode gedrückt.

**Vergiftungen.** Von 26 Teilnehmern an der Geburtstagsfeier eines in der Schönhauser Allee in Berlin wohnenden Denkmals erkrankten 19 Personen, davon 8 schwer. Ein fünfjähriges Mädchen ist gestorben; für die übrigen besteht keine unmittelbare Lebensgefahr.

**Explosion auf einem englischen Kriegsschiff.** Auf dem vor Cromarty liegenden Großlinienschiff „Veslerophon“ hat am Freitag eine Kohlenexplosion stattgefunden. Vier Heizer sind schwer verbrannt, davon zwei hoffnungslos.

**Durch flüssiges Eisen übergossen.** Ein entsetzlicher Unglücksfall hat sich am Freitag in der Maschinenfabrik von Stielius in Luckenwalde zugetragen. Im Viehraum waren mehrere Arbeiter beim Gießen von Metall. Als sie von der Gießmaße die Schlacken entfernten, stürzte der Gießkessel plötzlich um und der flüssige, siedende Inhalt ergoß sich über den Körper eines jungen Arbeiters, der bei dem Unfall zu Fall gekommen war. Der Kranke wurde sichtlich zugebrüht und in hoffnungslosem Zustand nach dem städtischen Krankenhaus gebracht.

**Verhaftung des Ledeburger Mordgejellen.** Der Revolverkampf in der Ortschaft Großhörslein bei Ledeburg hat Sonnabend endlich sein Ende erreicht. In den ersten Nachmittagsstunden schrie der Revolverkämpfer Tompic vom Turm der Gendarmen zu: „Ich habe Hunger, bringt mir den Pfarrer, ich muß mit ihm reden!“ Der Pfarrer wurde nun unter großen Vorichtsmaßregeln in ein Haus geleitet, das neben der Kirche liegt und von wo aus er mit Tompic sprechen konnte, ohne dessen Schüssen ausgesetzt zu sein. Der Pfarrer redete Tompic schließlich zu, die Kirche zu verlassen, aber Tompic lehnte es ab, sich zu ergeben. Auch der Ortsnotar, der hinzukam, und Tompic eifrig zusprach, richtete nichts aus. Nun versuchte der Untersuchungsrichter, Tompic beizukommen, indem er ihm nahelegte, es werde ein milderer Umstand bei seiner Aburteilung sein, wenn er sich freiwillig stelle. Endlich rief Tompic, der offenbar Angst hatte, von der Bevölkerung geliebt zu werden: „Wenn Ihr mir nichts tut, so will ich mich ergeben.“ Dann warf er beide Revolver, die er mit sich genommen hatte, aus dem Fenster auf die Erde. Jetzt drangen Gendarmen in den Turm. Sie nahmen Tompic, der sich nicht weiter wehrte, fest und legten ihn sofort in Fesseln. Sein Gesicht war ganz von Pulverrauch geschwärzt, und er rief fortwährend, er sei unschuldig. Er wurde dann ins Gerichtsgebäude gebracht und sofort einem Verhör unterzogen. Er gab an, die ersten Schüsse wegen verjüngter Liebe abgegeben zu haben. Auf die Frage, was ihn dazu veranlaßt habe, sich im Kirchturm zu verbarbaren und ein Gewehrfeuer auf die Bewohner und Gendarmen zu eröffnen, erzählte er, er habe einmal eine ähnliche Geschichte in einem Buche gelesen und habe jetzt etwas Ähnliches ausführen wollen. Den Eindruck eines Geisteskranken macht Tompic nicht. Die Bevölkerung Großhörsleins, die zwei Tage in Angst und Schrecken verlebte hat, wagte sich erst nach der Festnahme des Verbrechens aus ihren Häusern. Er hat im ganzen drei Personen getötet, vier schwer und dreizehn leicht verletzt. Außerdem hat er zwei Hunde und zwei Schweine erschossen.

**Schiffsuntergang.** Der Dampfer „Corinthian“, der Sonnabend von Kanada kommend auf der Themse ankam, ist bei Greenwich mit dem Dampfer „Orion“ zusammengestoßen. „Orion“, der mittschiffs getroffen wurde, legte sich auf die Seite und versank innerhalb 10 Minuten nach dem Zusammenstoß in den Fluten. Die Passagiere konnten mit knapper Not gerettet werden. Von der Mannschaft starben 17 ins

Wasser, sie konnten durch Schlepper aufgegriffen werden. Der Dampfer „Corinthian“ ist anscheinend unbeschädigt.  
**Ballonunglück.** In Cezanne im Departement Marne wurden Sonntag nachmittag bei einem Feste durch die Explosion eines Freiballons 50 Personen verletzt, darunter 25 so schwer, daß ihr Zustand bedenklich erscheint.

**Verhaftung amerikanischer Mädchenhändler.** Die Polizei in Myslowitz hat am Mittwochabend in einer Gastwirtschaft einen Mädchenhändler und seine Frau verhaftet. Die Verhafteten nannten sich Kaufmann Wolf Bertowik und Frau Sura Bertowik. Der Polizist fiel das eigentümliche Verhalten und das elegante Auftreten des Ehepaares auf dem Bahnhof auf. Die Geleute wurden unbemerkt beobachtet und als sie mit ihrem Gepäck nach einer kleinen Wirtschaft für Russen fuhren, erfolgte die Verhaftung des Ehepaares, da die Polizei Verdacht hegte, daß es sich um Mädchenhändler handele. Bei der Verhaftung gab das Ehepaar an, in Rußland nach süßlichem Nitus getraut worden zu sein. Das Verbrechenalbum der Polizei weist auch die Bilder der bekanntesten Mädchenhändler aus Südamerika auf. Es wurde von der Polizei festgestellt, daß der angebliche Wolf Bertowik identisch ist mit dem bekannten Mädchenhändler Jgnaz Lewigki in Buenos Aires. Es wurde weiter festgestellt, daß Jgnaz Lewigki vor kurzem aus Buenos Aires geflohen ist, offenbar, weil er dort von der Polizei verfolgt wurde. Es scheint nach dem „E. L.“ ferner festzustehen, daß Lewigki noch eine zweite Frau in Buenos Aires hat. Die eine seiner Frauen eröffnete vor einiger Zeit in Buenos Aires ein öffentliches Haus, in dem Lewigki als Wirt und seine zweite Frau als „Gouvernante“, das heißt als Aufpasserin der gewaltsam zurückgehaltenen Mädchen fungierte. Auch die zweite Frau Lewigkis ist der Polizei als internationale Mädchenhändlerin schon seit längerer Zeit bekannt. Lewigki hatte eine große Summe russischen Geldes bei sich. Man vermutet, daß er damit wieder neue „weiße Sklavinnen“ kaufen und in einer andern großen Stadt Südamerikas ein Bordell eröffnen wollte.

**Christliche Demut und Weisheit.** Christus wußte nicht, wo er sein Haupt hinlegen sollte. Er hat auch gemeint, ein Kamel könne leichter durch ein Nadelohr als ein Reicher in das Himmelreich. Dazu steht die Art und Weise, in der der neue bayerische Kardinal und ehemalige Wahlhelfer der Sozialdemokratie, Dr. Franz v. Bettinger, bei seiner Rückkehr von Rom gefeiert wird, in charakteristischem Widerspruch. Von Rom kam er nach München in einem Sonderzug nach München gefahren, also gerade so wie eine richtige Majestät. Christus ging barfuß, für Herrn v. Bettinger ist aber sogar ein Expreszug oder ein Schnellzug nicht gut genug. In München wird der Kardinal am Bahnhof in den extra feierlichen Empfangen geschmückt. Fürstentum geföhrt, wo ihn namens des Hofes der Oberstpostmeister Graf Feinsheim empfangen wird. Außerdem werden anwesend sein sämtliche Staatsminister mit ihren höchsten Beamten, der Stadtkommandant von München, der Polizeipräsident, der Oberbürgermeister mit einer Vertretung des Magistrats und des Gemeindefollegiums. Ob die Exzellenzen und ihre Begleiter beim Eintritt des Kardinals in den Salon niederknien müssen, entzieht sich unserer Kenntnis. Nach unserer Schätzung wird es wohl der Fall sein. Unter dem feierlichen Geläute aller Glocken der Stadt geht dann die Fahrt zur Metropolitankirche, wo ein Te Deum abgehalten wird. Es fehlt nur noch, daß vor und hinter dem Wagen Seiner Eminenz eine halbe Schwadron schwerer Reiter reitet. Vielleicht wird dieses „Übersehen“ noch nachgeholt. Am nächsten Tag zelebriert der Kardinal ein Amt, welchem der König, der Kronprinz, alle Prinzen, die Minister, ja sogar das diplomatische Korps beiwohnen werden. Ist es unter solchen Verhältnissen nicht sehr verständlich, daß „den edlen Herren der Kirche“ der Ramm immer mehr schmilzt und sie die bayerische Regierung nur mehr als ihre Magd betrachten?

**Der Dämmel im Saal.** Von einem berühmten Gelehrten, der seine Kindertage in einem kleinen Landstädtchen verbrachte, weiß eine Londoner Wochenschrift eine hübsche, kleine Geschichte zu erzählen. Der Forscher hatte schon längst verprochen, den Städten seiner Kindheit einen Besuch abzustatten und dabei in dem Orte einen Vortrag zugunsten einer der Wohlfahrtsvereinigungen der Gemeinde zu halten. Endlich kam er dazu, das alte Versprechen einzulösen; der Vortrag fand statt. Als er nach Beendigung seiner Vorlesung mit einer Anzahl jener Herren sprach, die den Abend arrangiert hatten, beglückwünschte man den Meister der Wissenschaft und dankte ihm. Vor allem aber, so hob einer der Herren bewundernd hervor, sei es geradezu großartig, in wie weiserhafter und klarer Weise der Forscher es verstanden habe, sein schwieriges Thema der im Durchschnitt nicht gerade hochgebildeten Zuhörerchaft anschaulich zu machen. Ach, meinte der Gelehrte erklärend, sehen Sie, ich blühte bei meinem Vortrag in solchen Fällen immer den Zuhörer an, der mir das am wenigsten intelligente Gesicht zu haben scheint. Und nun erkläre ich die Sache so lange und so genau, bis ich an jenem Gesichte ablese, daß der Mann es verstanden hat. Einen Augenblick später betrat der Herr Bürgermeister den Raum und ging auf den Gelehrten zu. O, Sie glauben nicht, welche Freude Sie mir heute Abend bereitet haben. Während des ganzen Vortrages hatte ich das Gefühl, als bläken Sie nur mich an und als sprächen Sie nur zu mir.

**Die Volksschule als Afschenbrödel.** In unmittelbarer Nähe der vornehmsten preussischen Universitätsstadt Bonn, wo deutsche Fürstentümer und künftige Minister dem Studium obliegen, liegt Godesberg, ein Lustkum für Millionäre, denn es ist landschaftlich eine der schönsten Städte am Rhein. Trotz der reichen Steuereinnahmen läßt es die Stadt für die Erziehung der Arbeiterjugend am nötigsten fehlen. In der evangelischen Schule ist die Überfüllung so groß, daß die Lehrer nicht wissen, wo sie die Kinder unterbringen sollen. Es ist verbürgt, daß zu Ostern nach der Verlesung vorübergehender Schüler auf Fensterbänken Platz nehmen müssen. Da das Infolge des Einspruchs der Eltern dauernd nicht ging, wurden die überzähligen Schüler einfach wieder zur alten Klasse zurückgeschickt, obwohl ihr Zeugnis ausbrüchlich den Vermerk „verfest“ enthielt. Der Schulskandal hat jetzt auch die Bevölkerung der fast noch ganz sozialisten-reinen Stadt in Wallung gebracht. Der „Evangelische Bürgerverein“, der „Christlich-sozialer Verein“ und der „Deutsch-evangelische Volksbund“ erlassen gemeinsam ein Flugblatt, in dem es unter anderem nach Schilderung der Lokaltitäten heißt: „Und das nennt man in Godesberg Jugendpflege! Nein, das ist es nicht, aber eine große Verunsicherung an der Gesundheit von Kindern und Lehrern. Doch des Übels ist noch mehr! Die durchschnittliche Schülerzahl beträgt 70 Schüler. Trotz alledem hält die Verwaltung es nicht für nötig, den Beschluß der Schulkommission, eine fünfte Klasse zu errichten, auszuführen; ja, sie teilt ihn nicht einmal dem Gemeinderat mit; — ad acta! — In den meisten Städten beträgt die Durchschnittszahl 50. Andere Gemeinden wenden bei kleinerer Einwohnerzahl mehr als 100 Mk. für ein Kind auf, Godesberg aber, die reichste Gemeinde am Mittelrhein, nicht einmal 60 Mk.“

**Die Suffragette auf der Hofcour.** Wie die Zeitungen melden, hatte Donnerstagabend bei der Cour im Buckinghampalast eine Suffragette, anscheinend auf Grund einer richtig ausgestellten Karte, Zutritt in den Thronsaal erlangt. Als sie bei der Desfilierung die Majestäten erreichte, fiel sie auf die Knie und rief mit lauter Stimme: „Will Eure Majestät nicht der Tortur der Frauen Einhalt tun?“ Sie wurde sofort von den Hofbeamten hinausgeführt, ohne daß sie Widerstand leistete. Die Cour erlitt durch den Zwischenfall keine Unterbrechung. — Und das geschah, trotzdem die Polizei die umfassendsten Vorichtsmaßregeln getroffen hatte und über 200 Polizeibeamte zur Verhinderung frauenrechtlerischer Kundgebungen aufgeboden hatte.

**Der ausgerissene Luftballon.** Auf der „Baltischen Ausstellungenmalmo“ hat der dieser Tage aufgetretene orkanartige Sturm den von den Fasnitwertern A. G., Aachen, zum Aufstieg gebrachten großen Fesselballon mit dem Namenszug „Fasnit“ trotz sorgfältigster Verankerung losgerissen und in die Lüfte entführt. Bei dem vorhergehenden nördlichen Wind ist anzunehmen, daß der Ballon nach Deutschland herüber getrieben ist und dort vielleicht niedergeht. Auf die Wiedererlangung des Ballons ist eine Belohnung ausgesetzt.

**Verheerender Wolkenbruch in Neapel.** In Neapel richtete gestern ein ungeheurer Wolkenbruch, wie er für Italien ein ganz ungewöhnliches Ereignis ist, große Verheerungen an. Nach einem starken Gewitter ging unter Sturm eine wahre Sintflut hernieder. Von den Wassermassen wurden Kanalisationsarbeiter auf der Straße überrollt. Zwei von ihnen ertranken, fünf konnten in schwerverletztem Zustand gerettet werden. Die Regengüsse spülten von den Abhängen des Vesuv gewaltige Afschenmassen ins Tal. Unter der am Vesuv wohnenden Bevölkerung brach eine Panik aus.

**Ein Tornado hat Sonntag den nördlichen Teil des Staates Iowa (Vereinigte Staaten) heimgesucht.** Der Orkan hat große Vermüstungen angerichtet. Der Schaden wird auf eine Million Dollars geschätzt. Zwölf Personen wurden getötet.

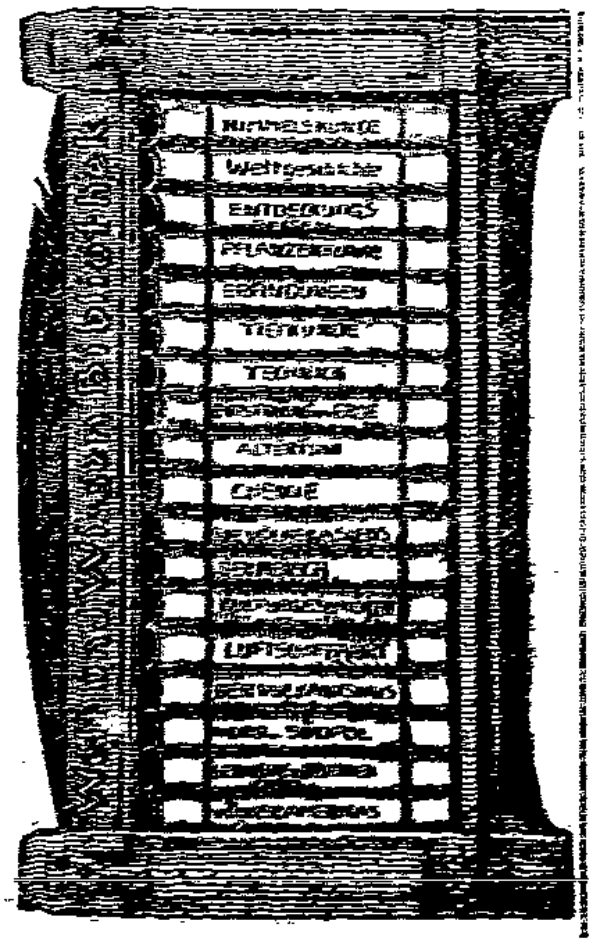
### Literarisches.

Soeben erschien: **Geschlechtskrankheiten und Alkohol** von Dr. H. Hecht. Preis 10 Pfg. Verlag Deutscher Arbeiter-Abstinenz-Bund (St. Michaels), Berlin SO 16, Engel-Ufer 19. Der Verfasser ruft in dem Fest zu energischem Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten auf. Da in diesem Kampf die Enthaltensamkeit von Alkohol eine außerordentliche Rolle spielt, fordert er in seinem Schlußwort: „Und deshalb muß ein jeder, der es mit seinen Pflichten als Mensch, als Volksgenosse, als Familienvater ernst nimmt, mit gutem Beispiele vorangehen: er muß dem Alkohol gänzlich entsagen. Mit Worten wurde noch nie die Welt gebessert. Nur Taten mitem!“

Von der Neuen Zeit ist soeben das 10. Fest vom 2. Band des 82. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Festes heben wir hervor: Des Mores Glück und Ende. — Sozialdemokratie und Verstaatlichung. Von H. Lauterberg. — Der Bankrott der babylonischen Großstadtpolitik. Von Hermann Kemmele. — Das Ende der liberalen Ära in Württemberg. Von H. Mattutat.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwig.  
Verleger: Th. Schwach. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

## Höchstwichtige Mitteilung für alle Leser des „Lübecker Volksboten“.



Unsere Lesern teilen wir hier durch ergebenst mit, daß wir von jetzt ab eine reich illustrierte Wochenschrift unter dem Titel „Welt und Wissen“ herausgeben und hierdurch ein Blatt geschaffen haben, welches sowohl den ernstlichen Gelehrten wie auch den Mann aus dem Volke voll befriedigen wird. Die Ausstattung ist eine erstklassige. Zahlreiche gewählte Abbildungen werden das geschriebene Wort ergänzen. Die Namen der Mitarbeiter — nur allererste Fachleute — sind jedem gebildeten Deutschen bekannt. Um nun zu ermöglichen, daß alle unsere Abonnenten darauf abonnieren können, haben wir die kleine Entschädigung, die wir notwendig haben müssen, äußerst niedrig gestellt, und zwar auf nur 15 Pfg. für ein 24 Seiten starkes Heft. Jedes Heft enthält 10—20 Artikel, von denen wir als Beispiel einige anführen:  
Der Mensch in der Pfahlbauzeit. — Wenn die Erde erzittert. — Gesundheit und Schönheit. — Der Wille und dessen Gymnastik. —

Das Leben unter Wasser. — Fernphotographie. — Liebe und Ehe bei den Naturvögeln. — Der Mensch und die Geisteswelt. — Illüsiges Lust. — Einfluß der Lebensweise auf das Menschenalter. — Verschwindende Städte in der Sahara. — Die Zukunft der Elektrizität im Haushalt. — Mein Aquarium. — Unser Sonnensystem. — Das heutige Erbrecht usw. usw. Um unser Ziel zu erreichen, daß „Welt und Wissen“ von jedem Gebildeten abonniert wird, liefern wir an Abonnenten von „Welt und Wissen“ eine große illustrierte

Sand- und Hansbibliothek vollständig gratis, und zwar sind folgende Werke in Aussicht genommen, von denen zu jedem Jahrgang resp. 52 Heftlieferungen 3 kompl. Werke geliefert werden:  
Illustrierte Geschichte des Deutschen Volkes.  
Illustrierte Weltgeschichte.  
Die Entstehung der Erde.  
Illustrierte Himmelskunde.  
Illustrierte Kulturgeschichte des Deutschen Volkes.  
Denkwürdige Entdeckungserreisen.  
Denkwürdige Erfindungen.  
Illustrierte Tierkunde.  
Illustrierte Pflanzenkunde.  
Illustriertes Buch der Technik.  
Entdeckungserreisen nach dem Nord- und Südpol.  
Entdeckungserreisen im schwarzen Erdbel.  
Illustriertes Buch der Chemie.  
Der Vulkanismus.  
Die Luftschiffahrt und der Aeroplan.  
Der Bau des menschlichen Körpers.  
Die Völker Asiens.  
Die Völker Afrikas.  
Die Völker Amerikas.  
Illustrierte Geschichte des Altertums.

**Bestellchein** für die Abonnenten des „Lübecker Volksboten“.  
Herren  
**Fr. Meyer & Co.**  
Lübeck.  
Unterzeichneter abonniert hierdurch auf  
**„Welt und Wissen“.**  
52 Hefte à 15 Pfg.  
Name: \_\_\_\_\_  
Ort: \_\_\_\_\_  
Straße: \_\_\_\_\_